

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentraorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Zeitung.
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgepaltenen Annoncen
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Inserate und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 1. Juli 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Bezugs-Einladung.

Am 1. Juli 1898 beginnt ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit Unterhaltungsblatt und der illustrierten Sonntag-Beilage
„Die Neue Welt.“
 Der im Unterhaltungsblatt bisher erschienene Teil
 des Romans:

„Um die Freiheit“

Von Robert Siweichel

wird neuentretenden Abonnenten kostenlos nachgeliefert.

Wir ersuchen unsere Parteigenossen und Parteigenossinnen um eifrige Mitarbeit zur Heranziehung neuer Leser des „Vorwärts“ und damit neuer Kämpfer für unsere Partei.

Für Berlin nehmen sämtliche Jahrgangspeditoren sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3 Mark 30 Pfennigen

für die Monate Juli, August und September

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 7576.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Niederlage der Zammelpolitik

Kommt zu schärfstem Ausdruck in der Tatsache, daß die Partei, gegen welche das kapitalistische Pronunciamento des Herrn Miquel als gemeinschaftliche Hauptes der reaktionären Kämmerlinge von Krant- und S. hinaus: die Sozialdemokratie, die einzige Partei ist, die einen wirklichen Sieg erfochten und ihr Ehrenschiff rein bewahrt hat. Keine zweite Partei kam das von sich lassen. Auch das Zentrum, das vor der Hauptwahl der „Zammelpolitik“ fern blieb, vor den Stichwahlen ihr aber in ausgedehntester Maße huldigte, kann sich keines neuen, schwereren Nachschub, es rüchmen. Und der schmutzige, schacher, den es vor den Stichwahlen namentlich mit der nationalliberalen Kumpf-Partei trieb, verwandelt eine, an sich übrigens nicht unbedeutenden Erfolge in moralische Niederlagen.

Die sozialdemokratische Partei — und das darf uns mit Stolz erfüllen — ist die einzige Partei, welche sich von schimpflichem Wahlschacher fern gehalten und ohne Preisgabe eines Prinzips den Wahlkampf von Anfang bis zu Ende geführt hat. Wo wir andere Parteien in der Stichwahl unterstützten, geschah es im Parteiinteresse und im Einklang mit unserem Parteiprogramm, und so wir bei den Stichwahlen mit Gegnern kämpften, haben wir es verschmäht, um Bundesgenossenschaften zu werden.

Die schmutzigsten Wahlbündnisse sind bei dieser Wahl beiläufig von dem Zentrum und den Nationalliberalen geschlossen worden; beide haben einander die beiderseitigen Wähler wie Schafherden verkauft. Daß diese zwei Parteien — die sich sonst wie Lohseine geberden, da, wo es das Volk zu betrügen gilt, aber ein Herz und eine Seele sind — ihren Wählern derartiges zumuthen konnten, beweist, daß sie von denselben eine überaus niedrige Meinung haben und sie als „Stimmvieh“ in des Wortes niedrigstem Sinn betrachten. Freilich, vielfach haben die nationalliberalen und ultramontanen Herren Schacherpolitiker sich in ihren Wählern getäuscht. In verschiedenen Wahlkreisen, z. B. nachweisbar im Kreis Wiesbaden, sind die katholischen Arbeiter, bei denen das Klassenbewußtsein mehr und mehr erwacht, dem Kommando der Führer nicht gefolgt.

Daß das Zentrum diesmal bei den Stichwahlen sich mit einer, bei früheren Wahlen unbekanntem Wucht auf die Sozialdemokraten warf, hat seinen für uns sehr erfreulichen Grund in der Furcht des Zentrums vor der Macht der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Ideen, welche auch die dem Zentrum bisher treu gebliebenen katholischen Arbeiterkreise zu ergreifen beginnen. Mit seiner Schacherpolitik hat das Zentrum sich jedoch in das eigene Fleisch geschnitten, denn daß die Zentrumsführer jetzt mit einem Male die Nationalliberalen, die seit Jahrzehnten den katholischen Wählern als das non plus ultra der Verderbtheit und Niedertreue hingestellt worden sind, als Retter in der Noth anrufen und ihnen die Stimmen der katholischen Wähler verschreiben — das ist auch für die laukräftigsten der katholischen Kinnbäcker eine zu harte Nuß. Und — die Frucht dieser Saat ernten wir. Ernten wir namentlich in den Wahlkreisen, die Gegenstand dieses schimpflichen Handels zwischen Zentrum und Nationalliberalen geworden sind.

Nun noch ein Wort über die Stichwahlen. Die „Frankfurter Zeitung“ sagt in einem ihrer letzten Schimpfartikel, durch den sie die groteske Fiktion der Dreifachheits-Liquidation und den erbärmlichen Verrath ihrer schwäbischen Musterdemokratie der öffentlichen Aufmerksamkeit einzuziehen will: keine Partei solle eine andere Partei verhöhnen, weil diese bei den Stichwahlen auf fremden Rücken in den

Reichstag gekommen seien, denn jede Partei erhalte bei Stichwahlen fremde Hilfe, und keine leiste einer anderen Hilfe, außer im eigenen Interesse.

Das ist richtig, aber mit einigem Unterschied. Eine Partei, die höchstens bei drei oder vier Stichwahlen ungesuchten Beistand empfängt, ist nicht zu vergleichen mit Parteien, die, wie die „Freisinnigen“ Schwesterfraktionen, nur auf fremden Rücken in den Reichstag hineinhumpeln. Es fällt uns auch nicht ein, anderen Parteien es zum Vortour zu machen, daß sie Hilfe von uns empfangen. Haben wir selbst doch ausdrücklich erklärt, daß wir den Freisinn etc. nicht um der schönen Augen des Herrn Richter etc., sondern in unserem eigenen Interesse unterstützen. Die Schacherlei anderer Parteien bei Stichwahlen kann nicht brennend genug gebrandmarkt werden. Und die „Frankfurter Zeitung“ ist so ziemlich am wenigsten dazu berufen, politische Moral- und Anstands-predigten zu halten.

Keine Partei hat in diesem Wahlkampf ein Stückchen von tieferem Moralniveau geliefert als die demokratisch-fortschrittlich-nationalliberale Chamäleon-Kandidatur, die der sinnreiche Sammelvater Miquel, einst Oberbürgermeister von Frankfurt, seinen demokratisch schillernden ehemaligen Gemeindefreund aufstrotzt hat.

Ob das alberne Gerede von dem Vorschub, den die Sozialdemokratie der Reaktion leiste, nun endlich aufhört? Mit sozialdemokratischem Vorschub ist kein Reaktionsär in den Reichstag gekommen, dagegen Duzende durch die Dienste „freisinniger“ und „demokratischer“ Handlanger.

Ebenso kindisch ist das Gerede gegnerischer Blätter, die Sozialdemokratie sei in ihren Wahlhoffnungen getäuscht worden. Das Höchste, was wir erhofften, war ein Zuwachs von einigen hunderttausend Stimmen und 50 bis 60 Abgeordnete. Nun, wir haben 56 Abgeordnete und weit über 2 Millionen Stimmen! Das geht über unsere Hoffnungen hinaus.

Was insbesondere die Zahl der Mandate betrifft, so hatten wir bei der Hauptwahl acht mehr als im Jahre 1893, und die Stichwahlen haben uns im ganzen 27 1/2 Mandate mehr ergeben als 1893 — nämlich 56 gegen 44. Mit diesen 44, die der Juni 1893 uns verlich, haben wir die diesjährige Ziffer zu vergleichen und nicht mit den 48 Mandaten, die wir nach einer Reihe glücklicher Nachwahlen am Schluß des vorigen Reichstages inne hatten.

Nun — wir haben alle Ursache, mit dem Ausfall der diesjährigen Reichstagswahl sehr zufrieden zu sein. Der kräftige „Zug nach links“ hat vor allem unserer Partei genutzt, und sind wir auch in diesem Reichstag noch nicht stark genug, positiv unserm Programm gemäß die Regierung und Gesetzgebung zu bestimmen, so sind wir doch stark genug, der Reaktion und ihren Handlangern einen Niesel vorzuschleichen und „die bürgerliche Freiheit“ auch gegen das Bürgerthum selbst zu vertheidigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Juni.

Internationale Solidarität. Unser Genosse Iglesias telegraphirt uns im Namen und Auftrag der sozialdemokratischen Partei Spaniens:

Madrid, den 29. Juni: Die spanischen Sozialisten wünschen den deutschen Brüdern von Herzen Glück zu ihrem großen Wahlsiege. Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Der französische Abgeordnete, unser Freund Baillant, der uns schon nach der Hauptwahlslacht seine Glückwünsche gefandt hat, schreibt uns nach den Stichwahlen: Aus dem „Vorwärts“ erkenne ich erst die ganze Bedeutung und den ganzen Umfang des Sieges, den die deutschen Kameraden auch bei den Stichwahlen davon getragen haben. Es war ein großer Sieg des allgemeinen Stimmrechtes und des Sozialismus. In all meiner Freude und meinem eigenen Namen — ich kann sagen: im Namen aller französischen Sozialisten rufe ich den deutschen Genossen ein Bravo! zu. Mit Brudergruß Ed. Baillant, Paris, den 28. Juni 1898. —

Nochmals die „Leipziger Zeitung“ und das Reichstags-Wahlrecht. Die offenerzige Besürworterin einer Befreiung des bestehenden Wahlrechts zum Reichstag glebt nunmehr auch eine Aenderung darüber, wie sie sich die Aenderung des Wahlrechts vorstellt. Sie schreibt:

Die Aenderung des allgemeinen Wahlrechts, die wir bisher befürwortet haben, besteht darin, daß ein Bruchtheil der Abgeordneten, vielleicht ein Viertel, auch künftig aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, die übrigen drei Viertel aber nach Berufskreisen gewählt werden, also eine Kurie des allgemeinen Wahlrechts, eine Kurie der Landwirtschaft, eine Kurie der Industrie, des Handels, der wissenschaftlichen Berufs-kreise etc., ähnlich, wie man es bereits in Oesterreich hat, wenn auch im einzelnen mannichfach modifiziert.

Also ein Wahlrecht nach der Art des österreichischen ist das Ideal des sächsischen Regierungsorgans. Das österreichische Wahlrecht ist aber eine Mißgeburt sonder gleichen, wie selbst seine Urheber und seine feudalen und Akerikalen Nutznießer zugestehen müssen. Das österreichische Wahlrecht verdammt das österreichische Parlament zum kläglichen Dahinsinken und bringt das österreichische Staatswesen und die österreichisch-ungarische Monarchie an den Rand des Abgrunds. Dabei bedeutet seine Einführung in unserm Nachbarstaate immerhin noch einen Fortschritt gegen den früheren Zustand und eine Befriedung

der österreichischen Verhältnisse kann nur möglich sein durch eine Fortbildung der Gleichheit des Wahlrechts, durch eine Beseitigung der ungeheuerlichen Vorrechte der privilegierten Kurien.

Dies heillose Wahlrecht in Deutschland einzuführen, ist der Wunsch der sächsischen Reaktion. Es ist recht gut, daß wir es wissen. Wissen mag aber auch die sächsische Reaktion, daß jeder Versuch, derartige Pläne durchzuführen, den Bestand des Deutschen Reiches erschüttern und eine Periode der schwierigsten inneren Kämpfe herbeiführen müßte!

Interessant wäre es, zu erfahren, wie die sächsische Regierung über die frivolen Auslassungen und verbrecherischen Pläne ihres offiziellen Organes denkt! —

Gegen das Reichstags-Wahlrecht ziehen auch die „Berl. Neuest. Nachr.“ zu Felde. Dem freikonservativen Blatt gefällt die heutige Art des zweiten Wahlganges, der Stichwahlen nicht. Es macht einige Vorschläge zur Verbesserung dieses Theils des deutschen Wahlsystems, über die sich thatsächlich wohl diskutieren ließe; ja es erwähnt sogar die Einführung der Proportionalwahl als erwägenswerth. Aber der Verdesufel kommt hinten nach zum Vorschein. Wahlpflicht müsse eingeführt werden, damit das säumige Philisterrum durch Geldstrafen gegen die Sozialdemokratie mobil gemacht werde. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ fühlen wohl garnicht, welche überaus trauriges Zeugniß sie mit dieser Forderung ihren eigenen Anhängerkreisen anstellen. Da die reaktionären Parteien die Leute nicht mehr durch die Macht ihrer Grundsätze überzeugen und zur Wahl herbeiführen können, so wollen sie dieselben jetzt zwangsweise gleich einer Schafherde zutreiben.

Aber die Wahlpflicht ist noch das Wenigste. Der Stimderer im Kardorff will höher hinaus. Der Artikel der „Berl. Neuest. Nachr.“ läuft schließlich auf dasselbe hinaus, was wir oben aus der „Leipz. Zig.“ zitiert haben; er schließt also:

Ein anderes Mittel endlich, dem Reichstag eine konstante, in nationalen Zügen zuverlässige Majorität zu sichern, bestünde in der Verleihung des Wahlrechts an Städte, Postämter, Handelskammern, Landwirtschaftskammern und sonstige korporative Verbände. Es würde dazu nöthig sein, die Zahl der Reichstagsmitglieder um mindestens hundert zu erhöhen. Aber es wäre damit eine Würdigung gewonnen, daß neben dem Ergebnis der rohen Ziffer, der Massenwahl, auch die Intelligenz der Nation unter allen Umständen zu einer dauernd feststehenden Vertretung gelangte. Vielleicht liegt hierin doch das Hilfsmittel der Zukunft gegen das Ueberwuchern der Sozialdemokratie!

Nach Meinung der „Berliner Neuesten Nachrichten“ wäre bisher durch das Ergebnis der Massenwahl, durch die Macht, der rohen Ziffer, die Intelligenz im Reichstag nicht oder nicht genügend zur Vertretung gelangt. Der Meinung sind wir auch stets gewesen, sobald unser Blick auf die freikonservative Fraktion fiel. —

In den preussischen Landtagswahlen beginnt der Liberalismus bereits seine Missionen. Zur Kenntlichmachung der Stellungnahme der freisinnigen Volkspartei zu diesen Wahlen geben wir das wichtigste aus einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“, der betitelt ist: In neuer Arbeit, wieder:

„Inwieweit freilich wird man von Seiten der Regierung das Glück im preussischen Landtag verfolgen (nämlich mit Umsturz-Vorlesungen, Reden-Geflehen oder dergleichen), soweit die Zuständigkeit derselben reicht. Eben darum ist der Ausfall der Landtagswahlen in Preußen diesmal von einer politischen Bedeutung wie nie zuvor.“

Freilich läßt sich eine gerechte Vertretung des Volkes bei diesen Neuwahlen unter keinen Umständen erzielen, denn schon die Eintheilung der Wahlkreise entspricht noch weniger, als es bei den Reichstagswahlen der Fall ist, dem heutigen Verhältniß der Bevölkerung. Das Wahlrecht selbst ist noch veraltetert worden insofern der neuen Steuererhebung. Zum ersten Mal bei den nächsten Wahlen wird sich dies in vollem Umfange geltend machen. Gleichwohl muß alle Kraft darangelegt werden, zu verhindern, daß eine rein konservative Mehrheit im Abgeordnetenhaus sich zusammensindet. Schon im bisherigen Abgeordnetenhaus fehlten den Konservativen und Freikonservativen zusammen nur 6 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Infolge dessen konnten der Aesfessorenparagrah und die Vereinigefek-Novelle nur mit einer winzigen Mehrheit abgelehnt werden.

Nicht Aufgabe der Neuwahlen kam es sein, die konservativ-liberale Mehrheit oder die konservativ-nationalliberale Mehrheit zu zerstreuen aus dem einfachen Grunde, weil man sich damit ein Ziel setzen würde, das in absehbarer Zeit und jedenfalls bei den diesmaligen Wahlen nicht erreichbar ist. Darum müssen alle Kräfte zusammengefaßt werden, die rein konservative Mehrheit zu verhindern.

Das gleiche Bestreben muß die Zentrumspartei haben und müssen auch die Nationalliberalen haben. Infolge dessen kann die Sammelpolitik für die gesammte Linke im Abgeordnetenhaus nur lauten: Alle Mann gegen die Konservativen! Die Frontstellung muß dann eine von Grund aus andere sein wie bei den Reichstagswahlen. Militär- und Marinefragen spielen in die Wahlen für das preussische Abgeordnetenhaus nicht hinein, ebenso nicht Zollfragen oder Fragen der zünftlichen Gesetzgebung. In Bezug auf parlamentarische Rechte, in Bezug auf Selbstverwaltung in den Kommunen haben Freisinnige, Nationalliberale und Zentrum vieles gemeinsam. Noch mehr ist den Freisinnigen gemeinsam mit den Nationalliberalen.

Ebenso verschieden von den Reichstagswahlen wie der Aufmarsch der Parteien muß auch die Kampfesweise sein. Es handelt sich bei den Landtagswahlen weit weniger um Massenaktion, um zahlreiche Versammlungen und Flugblättervertheilung, als um sorgfältige Vorbereitung der Organisation in den einzelnen Wahlbezirken. Dem schwereren noch als die dritte Wählerklasse fällt die erste und zweite Wählerklasse ins Gewicht. Die indirekte Wahl nöthigt noch besonders dazu,

die Organisation der Wahlbezirke im einzelnen in Betracht zu ziehen und von langer Hand geeignete Kandidaten für die Wahlmänner-Wahlen zu ermitteln. Die Zentrumspartei in ihrem Anschluß an die kirchliche Organisation braucht solche Vorbereitungen viel weniger. Ebenso wenig brauchen solche Organisationen diejenigen Parteien, denen die Organe der Behörden und die Gefolgschaft derselben zu statten kommt.

Bekanntlich haben 1893 nur 18 pCt. der Wahlberechtigten an den Urwahlen theilgenommen. Gerade diese geringe Theilnahme giebt in Verbindung mit der öffentlichen Abstimmung den Behörden und den von den Behörden abhängigen Personen einen so großen Einfluß auf das Wahlergebniß. Alles dies würde sich mit einem Schlags von Grund aus ändern, wenn die Wahltheilnahme sich auch nur verdoppelte, also auf 36 pCt. der Wahlberechtigten anwüchse. Diese 80 pCt. würden immer noch nicht die Hälfte der Wahltheilnahme ausmachen, welche jetzt bei den Reichstagswahlen stattgefunden hat.

Es hat eine Zeit gegeben, in der auch bei den Landtagswahlen trotz des Dreiklassen-Wahlrechts und der öffentlichen Abstimmung die Konserbativen bis auf eine kleine Minderheit zurückgedrängt waren. Unter keinem Wahlsystem sind je nach dem Umfang der Theilnahme an den Wahlen so durchgreifende Veränderungen in den Wahlergebnissen möglich, wie gerade bei den Landtagswahlen.

Und die nationalliberale „Köln. Ztg.“ läßt eine Betrachtung über die neue Fraktion ihrer Partei im Reichstage in folgenden Hinweisen auf die Landtagswahlen ausfließen:

„Hier für die Landtagswahlen“ muß jetzt mit aller Kraft eingeleitet werden. Es ist bekannt, wie sehr unsere ostelbischen Agrarier schon jetzt der Entwicklung unserer Verkehrsverhältnisse im Westen Schaden gebracht haben. Die nächsten Landtagswahlen werden die Entscheidung bringen, ob dieses für das Ganze unserer Volkswirtschaft gemeindefördernde Bestreben dauernden Erfolg haben wird. Der Landtag ist berufen, hoffentlich bereits in einer Herbsttagung den Ausbau unserer Wasserwirtschaft in einer geradezu großartigen Weise zu fördern. Es handelt sich zunächst um die Vollendung des Ost- und Westkanals durch Ausbau der Ennscherthalbahn von Dortmund nach dem Rhein, um Durchführung der Deflektoraktion von Hannover bis Minden nach Bremen und um den Bau des großen Mittelland-Kanals, um die Regelung der Wasserwirtschaft in Schlesien, wo große Thalperren in Aussicht genommen sind. Es handelt sich also um Lebensfragen unserer Monarchie und kein Abgeordneter sollte gewaltsam werden, der nicht mit voller Ueberzeugung für die Nothwendigkeit und die Dringlichkeit dieser nicht länger aufschubbaren Bauten eingetreten sich verpflichtet. Auch hier sind wieder unsere kurzfristigen Agrarier die schlimmsten Gegner, und ihnen wird daher bei den Landtagswahlen im Herbst mit dem größten Nachdruck entgegengetreten werden müssen.“

Deutsches Reich.

Den neugewählten Abgeordneten zur Kenntnismahme, daß nach § 33 des Wahlgesetzes die Erklärung für die Annahme der Wahl dem Wahlkommissar binnen acht Tagen von der Zustellung der Nachrichtigung an mitgetheilt werden muß. Weist diese Erklärung innerhalb dieser Zeit aus, so gilt dies als Ablehnung. — Die „Freisinnige Zeitung“ weist besonders hierauf hin, weil ihr Mittheilungen der Wahlkommissarien an die Gewählten zu Gesicht gekommen sind, in denen diese Bestimmung nicht erwähnt war.

Die Reform des Kommunal-Wahlrechts in Preußen soll das Abgeordnetenhaus der nächsten Legislaturperiode beschäftigen. Dringlicher wäre noch die Reform des Landtags-Wahlrechts, dessen plutokratischer Charakter selbst bürgerlichen Politikern unerträglich werden müßte, und dessen Reform vom Ministerium versprochen wurde. Was Regierungsversprechen bei uns bedeutet, weiß freilich jedes politische Kind in Preußen-Deutschland.

Die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten. Auf Grund bester Nachrichten meldet der „Homburg. General-Anzeiger“, es sei eine Kundgebung von höchster Stelle nach dem Muster des Vordrillbeschlusses an sämtliche Beamte bevorstehend, in der ihnen die Vertheilung an der Sozialdemokratie auf das strengste verboten wird. Ein fortlaufender Bericht über die Durchführung des Erlasses an den Kaiser wird befohlen.

Die „Kreuz-Zeitung“ besteht jetzt 50 Jahre. Wie mehrere der namhaftesten liberalen Blätter ist sie ein Kind der Reaktionszeit. Aber sie ist gegründet worden zur Bekämpfung alles dessen, was die bürgerliche Welt durch die Revolution zu erreichen geistig hatte. Und die „Kreuz-Zeitung“ — man muß es ihr lassen — hat diese Aufgaben nicht selten mit Geschick und jedenfalls mit großem Erfolg zu lösen verstanden. Sie wurde der Hort des preussischen Junkerthums, das nach der bürgerlichen Revolution das Bürgerthum und das Königthum seinem Willen unterwarf. Alle Entwicklungen, die das preussische Junkerthum seit den 60er Jahren bis auf den heutigen Tag erlebte, hat die „Kreuz-Ztg.“ treulich mitgemacht. Vom altkonservativen Patriarchalismus ist sie bis auf die selbstthätigste Interessenwirtschaft und brutalste Gewaltpolitik heruntergefallen. Und jegliches moralische Ansehen, das selbst dem politischen Gegner gebührt, mußte sie endgiltig verlieren, da sie, die unermüdliche Kämpferin der Adligkeit und der Kirchenreligiosität, ihren langjährigen leitenden Redakteur als gemeinen Verbrecher ins Zuchthaus wandern sah. Zwar kämpft die „Kreuz-Zeitung“ auch seitdem noch immer mit gleichem Pathos und gleich frommen Augenblicken für König, Vaterland, Kirche und Junkerinteresse, aber ihr Ansehen ist erschüttert. Selbst ihre agrarischen Schützlinge haben sich andere Vertretung ihrer Forderungen in der Presse geschaffen, nachdem auch das journalistische und politische Talent des Freiherrn v. Hammerstein der „Kreuz-Ztg.“ verloren gegangen ist.

Wie von der Tarantel gestochen kreischt das Organ der Frankfurter „Demokraten“ ob unserer Festnahme seiner Handlungsbefugnisse an die Reaktion. Das Blatt scheint sich ein wenig zu schämen und möchte die unbehagliche Stimme des Gewissens durch wüthes Gehele überdönen. Wir haben keine Veranlassung, das Schwelbegeckelweh weiter zu beantworten. Die „Frankf. Ztg.“ kam die Thatsache der offenen und geheimen Unterstützung der ausgemachten Reaktion durch die sogenannte bürgerliche Demokratie in keiner Weise aus der Welt schaffen; sie sollte, statt die Sünden der Vergangenheit zu beschönigen, lieber auf Besserung sinnen. Ihre jetzigen Auslassungen lassen eine solche Hoffnung freilich kaum aufkommen.

Die „beste Rechtfertigung der Demokratie“ findet die „Frankf. Zeitung“ nämlich darin, daß die „Konserv. Korrespond.“ ihr „Ehre und Ansehen für immer abspriecht, weil sie die Sozialdemokraten zu Wahlerfolgen verholfen habe.“ Das heißt auf gut deutsch: Die „demokratische“ „Frankfurter Zeitung“ will erst dann einen Post von unserer Seite für möglich halten, wenn die Konservativen ganz und gar mit ihrer Patendemokratie zufrieden sind. Daß die Korrespondenz der Mantuffel und Limburg-Strömung noch immer einiges an der Geschmungsfähigkeit der Frankfurterin auszusprechen hat, ist der famosen „Frankfurter Zeitung“ nun schon Beweis genug für ihre Charakterfestigkeit und unentwegt demokratische Gesinnung. Die Herren in Frankfurt haben sich bereits so sehr an den Sumpf des reaktionären Handlungsthumus gewöhnt, daß sie ihre Gemeinheiten gar nicht mehr empfinden.

Ein interessantes Jugendbildniß macht uns die „Post“. In Anschluß an unseren Artikel über den Vormarsch der Sozialdemokratie will sie die Gründe für das Wachsen der Partei darlegen. Unter anderen sagt das Stumm-Blatt in diesem Zusammenhang:

„Die Zahl der industriellen Arbeiter, namentlich in Zentren der Industrie, hat sich erheblich vermehrt, und damit ist naturgemäß der Sozialdemokratie aus den von ihr beherrschten Arbeiterkreisen eine weitere Vermehrung der Stimmen erwachsen.“

Die „Post“ giebt also zu, daß es „naturgemäß“ ist, wenn die industriellen Arbeiter sozialdemokratisch wählen. Das ist

einmal ein vernünftiges Wort. Wahrscheinlich aber ist es dem Artikelsschreiber versehentlich in die Feder gerathen.

Folgende ungiltige Polizeiverordnung hat der Landrath des Landkreises Essen erlassen:

„Wer ohne Genehmigung Fahnen und Flaggen in anderen als den preussischen Landes-, den deutschen Reichs- und Landesfarben, oder den Provinzial-, Kreis- und Gemeindefarben, sowie den kirchlichen Farben öffentlich ausstreckt, ausstellt oder trägt, ferner wer in Häusern, in welchen es geeignet erscheint, die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu untergraben, Reizen und sog. Frechtheitsbäume öffentlich ausstellt, oder wer Kolonnen, Bänder, Abzeichen in anderen als den Farben desjenigen Landes öffentlich trägt, in welchem er staatsangehörig ist, wird, soweit nicht § 308 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs zur Anwendung kommt, mit einer Geldstrafe von 30 M. oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.“

Derartige Polizeiverordnungen sind ungiltig, denn das Reichsstrafgesetzbuch hat durch seinen Abschnitt 7 (betreffend Vergehen gegen die öffentliche Ordnung) weder der partikularen Gesetzgebung noch gar Polizeiverordnungen das Recht eingeräumt, abweichende Bestimmungen wieder ins Leben zu rufen, die das Strafgesetzbuch befreit hat. Das ist vom Ober-Berwaltungsgericht 3. O. in dem Urtheil Estlen gegen den Oberpräsidenten zu Altona und vom Reichsgericht in seinen letzten Urtheilen betreffend cris seditiosus (aufrührerische Rufe) anerkannt. Freilich — wie das Kammergericht urtheilt, steht noch dahin.

Zum Kampfe gegen die Waarenhäuser liefert der kirchlich-erfahrenen Jahresbericht der Handelskammer von Pforzheim einen beachtenswerten Beitrag. Ein Berliner Waarenhaus hatte demnach verurtheilt, die Gold- und Silberwaaren Pforzheim und Schw.-Gmünds direkt von den Fabriken zu beziehen, die bisher durch die Großisten mit den Silber- und Metallwaaren-Handlungen aller Orte verkehrten. Das störte die Rührer der bisherigen Absatzorganisation natürlich sofort aus ihrer Ruhe auf. Die in einem „Kreditverein“ verbundenen Fabrikanten und Großisten, ferner die freie Vereinigung des Gold- und Silberwaarenverwerbes sowie die Goldschmiedekammer von Berlin eröffneten Verhandlungen, die den Schutz und die Erhaltung des soliden Detailgeschäfts, als des natürlichen Vermittlers für die Pflege guten Geschmacks und gerechter Werthschätzung künstlerischer Handarbeit beim laienhaften Publikum bezweckten. Durch die jährlich zu stande gekommene Vereinbarung machten sich die für den deutschen Markt arbeitenden Großisten und Fabrikanten verbindlich, weder direkt noch indirekt Lieferungen an ein Waarenhaus zu machen, wogegen sich die Großisten den Fabrikanten gegenüber verpflichteten, beim Einkauf oder bei Erteilung von Weisungen nur Vertragsfirmen zu berücksichtigen. Wieweil diese Verpflichtung wirklich durchgeführt wird, sagt der Jahresbericht nicht. Er erwähnt jedoch, daß das Vergehen an den drei Hauptplätzen der deutschen Edelmetall-Industrie, Pforzheim, Genua und Schwabisch-Gmünd nicht ungetheilte Zustimmung gefunden habe. Die Handelskammer selber wohnt davor, die dem Kunstgewerbe und den Vertreibern seiner Erzeugnisse seitens der Waarenhäuser drohende Gefahr zu überschätzen; was die Waarenhäuser vor allem vertreiben, seien „billige und billige Artikel für die Befriedigung des Schmuckbedürfnisses der breiten Massen, Gegenstände, die in Zeichnung und Entwurf bis zu einem gewissen Grade künstlerisch sein mögen, deren Verzeugung jedoch die Maschine ganz oder zum größten Theile der Hand des Kunsthandwerkers abgenommen hat.“ — Auch hier sind also die Interessen der Vertheilten durchaus keine einseitigen. Das eigentliche Kunsthandwerk, das mit dem verfeinerteren, individualisirten Geschmack einer aristokratischen Minderheit rechnet, stützt sich auf seine Produktion und Absatzfähigkeit. Wo jedoch große Mengen gleichartiger Waaren für den Massenabsatz hergestellt werden, sieht man in dem billigen Vertrieb der Waarenhäuser eine Quelle neuer Ideen und Produktionssteigerung. In diesem Widerspruch würde die Pforzheimer Vereinbarung, sicherlich scheitern, wenn sie überhaupt durchführbar wäre.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter war in der württembergischen Kammer Gegenstand der Verhandlung. In einer ausführlichen Rede trat der nationalliberale Abg. Schwarz den Posadowsky'schen Plänen entgegen. Seine bemerkenswerthen Ausführungen schloß er folgendermaßen:

„Dieses hohe Haus sowohl als die R. Staatsregierung wird sich der Ueberzeugung kaum entschlagen können, daß alles geschehen muß, um das zu bewerkstelligen, was eine begründete Inanspruchnahme in Arbeiterkreisen weiter nähren oder noch verstärken könnte. Das durch die neueste Reichstagswahl zu Tage getretene Aufschwollen der Sozialdemokratie macht diesen an sich schon berechtigten Wunsch, wie ich glaube, um so dringlicher. Ich bin sogar der Ueberzeugung, die ich übrigens niemand aufbringen möchte, die Reichstagswahlen wären nicht in diesem Maße im sozialdemokratischen Sinne ausgefallen, wenn die Arbeiter nicht dazu veranlaßt worden wären, durch die mehr oder weniger berechtigten Befürchtung, es drohe ihrem wichtigsten Rechte, dem Koalitionsrecht, eine große Gefahr. Dieses Gefühl der Besorgnis und Unsicherheit bezüglich des Koalitionsrechtes hat namentlich einen bemerkenswerthen Händstöß in die Arbeiterkreise geworfen. Nichts wäre aber mehr geeignet, einerseits der sozialdemokratischen Bewegung Nahrung zuzuführen und ihr Vorwärtsschreiten zu leisten, andererseits aber jene bisher der Sozialdemokratie und ihren Befürwortern noch fernstehenden Arbeiterkreise in große Unruhe zu versetzen und in Unzufriedenheit zu bringen, als irgend welche Beschränkung und durch ähnliche Polizei- und Strafbestimmungen veranlaßte Einmischung und Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, das nun einmal ein Recht ist, dessen ungeschmälterter Bestand als eine Lebensfrage für die Arbeiter und als ein Hauptfaktor für eine gesunde und namentlich friedliche Weiterentwicklung der sozialen Frage bezeichnet werden muß. Der Igl. Staatsregierung dürfte es um so leichter sein, unserem Antrag zu entsprechen, als sie ja selbst den Gewerksvereinen des Landes in anerkannter Weise bisher kein Hinderniß in den Weg gelegt und polizeilicher Bevormundung oder Verstrickung bisher ferngeblieben hat. Um so mehr kann man sich der Hoffnung hingeben, die Igl. Staatsregierung werde durch ihre Bevollmächtigten zum Bundesrathe sich herbeilassen, für die Resolutionen in dem Sinne, wie sie im Reichstage angenommen worden sind, in warmer Weise einzutreten. Die Igl. Staatsregierung wird dadurch die hochgehenden Flühen der Arbeiterbewegung beruhigen helfen und zu gleicher Zeit sich das Vertrauen und den Dank der Arbeiterklassen verdienen.“

Je mehr, meine Herren, gerade die einzelnen verblühten Regierungen ohne Furcht vor dem Unternehmertum durch ihre Bevollmächtigten zum Bundesrathe einer Beschränkung und Einengung des Koalitionsrechtes in billiger Weise entgegenzutreten und eine Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes beizubringen, desto baldiger und eher werden sie dadurch die Arbeiter für eine gesellige und friedliche Entwicklung der sozialen Frage auf dem bestehenden nationalen Rechtsboden gewinnen und verderblichen Umsturzgeistes entgegenzutreten. Wer aber das thut, meine Herren, der übt eher ebenso große soziale als patriotische That, und darum möchte ich Sie dringend bitten, wann für unseren Antrag einzutreten. (Bravo!)

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung wurde gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Maurer August Koschwitz verhandelt. Entgegen dem Antrage des Staatsanwalts beschloß der Gerichtshof, vor der Öffentlichkeit zu verhandeln, da einerseits eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung nicht zu befürchten und es andererseits zweckmäßig sei, daß das Publikum erfahre, auf welche Weise derartige Anzeigen zu stande kämen. Der Angeklagte soll zu zwei verschiedenen Malen verächtliche Bemerkungen über den Kaiser gemacht haben. Zuerst am Kaiser's-Geburtstage im vorigen Jahre, also vor 18 Monaten. Der Beschuldigte bestritt dies entschieden, die vier Frauen, die als Belastungsgewinnen auftraten, seien mit ihm verfeindet und wollten sich nun an ihm rächen. Es stellte sich dem auch heraus, daß der Angeklagte mit einer der Frauen einen Beleidigungsprozeß geführt hatte, aus welchem er als Sieger hervorgegangen war, die drei übrigen Frauen hatten auch in jenem

Verfahren auf Seiten der Verurtheilten gestanden. Mit großer Zungenfertigkeit schilderten die umgebenden Anwesenden, die der Angeklagte über den Kaiser „macht habe. Über der Gerichtshof hielt ihre Bekundungen für keinen Weiberkram und sprach den Angeklagten frei.

Auf die vollständige Uebernahme der Usambarabahn auf das Reich werden sich die Steuerzahler wohl gefast machen müssen. Die Bahn wurde am 1. Oktober 1894 bis 12 Kilometer von Tanga in Betrieb gegeben. Jene eine Bedeutung konnte sie erst gewinnen, wenn man sie als Korogwe forsichtig; die Regierungsbekanntmachung von 1894 hoffte man auf frachten durch den Kais- und Stamabau Korogwe's, ferner auf Umladungsverkehr durch die Karawanen, die aus der Uingend des Kilimandscharo kommen. Im nächsten Jahre ist die Bahn noch nicht bis Muebeja, 40 Kilometer von Tanga, weitergeführt. Die Regierung wünscht, daß das Kapital zum Weiterbau wenigstens bis Korogwe schleunigst zusammengebracht werde. In der folgenden Denkschrift wird zwar der Bau bis Muebeja, also auf gut zu 200 Stunden Fußweges, als fertiggestellt bezeichnet, aber seitdem ist der Bau fast gänzlich, da der Gesellschaft die Mittel ausgegangen, sie daher zunächst einer Neuaufladung beziehungsweise Neufinanzierung bedarf. Einwilen sprang die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, welche die Aktien überwiegend besitzt, in die Bresche; die eigentliche Streckenbau mußte unterbleiben und die Bauarbeiten beschränkte sich auf die Instandhaltung. Wieder ein Jahr später war es selbst damit vorbei; im November 1896 hatten gewaltige Regengüsse schwere Beschädigungen herbeigeführt, im Dezember wiederholten sich die Regengüsse, und als am 10. April 1897 der Verkehr wieder aufgenommen worden war, brachte der anhaltende Regen, besonders in den Tagen vom 11. bis 25. Mai, derartige Ueberfluthungen zu Wege, daß die Durchlässe den Abfluß nicht mehr bewerkstelligen konnten; die Bahn wurde an vielen Stellen überfluthet und abemals zerstört. Der Verkehr mußte von neuem eingestellt werden.

Rummelz wurden die Steuerzahler in Anspruch genommen. Trotz des scharfen Ueberfluths Bebel's und Richter's bewilligte der Reichstag in der letzten Session 72 000 M., 12 Monatsraten von je 6000 M., um den Verlust der Bahn zu hindern und die Frage weiter zu prüfen. Im selben die Wälder bereits, wenn vielleicht auch etwas verfrüht, daß die Reichsregierung die mehreren Millionen Mark, die der Uthbau für die bisher fertiggestellten 40 Kilometer verschlungen habe, nicht verloren gehen lassen wolle. Die der ostafrikanischen Gesellschaft nahestehenden Blätter bemerken weiter bereit dazu:

Der Uthbau, die Bahn überhaupt zu erhalten, wird nach dem Urtheile aller Sachkenner gleichbedeutend sein mit dem Entschluß, die Bahn bis auf mindestens 100 Kilometer, nämlich bis zu dem Plantagengebiete n Handgebirge, fortzuführen.

Die Rechnung laßt sich recht lang werden, obwohl, nach den bisherigen Erfahrungen zu urtheilen, die Ausflüchten für die Rentabilität der „Löwenjagdbahn“ offenbar recht trostlos sind.

Oesterreich.

Krafsau, 30. Juni. Infolge der eingetretenen Ruhe ist die Absendung weiterer Truppen nach Neu-Sandez inhißirt worden.

Schweiz.

Bern, 26. Juni. Der Nationalrath beschäftigte sich heute mit der Angelegenheit der 19 Italiener, welche, als sie aus der Schweiz nach Italien hin wollten, um sich an der Revolte in Mailand zu betheiligen, vom Bundesrathe an der Grenze den italienischen Behörden überliefert lassen. Der Nationalrath beschloß mit 106 gegen 11 Stimmen folgende Tagesordnung: Nach Entnahme in den Bericht des Bundesrathe vom 18. Juni und in Erwägung, daß der Nationalrath zwar ein früheres Eingreifen geist hätte und mit der Art und Weise der erfolgten Uebersetzung der Italiener nicht einverstanden ist, daß aber andererseits in die Angelegenheit keine Veranlassung zu einer besonderen Stellungnahme vorliegt, geht der Nationalrath zur Tagesordnung über. Die von der Minderheit beantragte Tagesordnung, welche den Bundesrathe schärft tadelt und verlangt, daß sich der Bundesrathe bei der italienischen Regierung für gunsten der ausgelieferten Italiener verwenden solle, war mit großer Majorität abgelehnt worden. In der Debatte hatten fast alle Redner die gute Absicht des Bundesrathe anerkannt, aber sein Vorgehen für unzulässig erklärt. Es stellte sich in der Debatte heraus, daß die Auslieferung der Italiener insolge eines Mißverständnisses bei der Redaktion der die Auslieferung anordnenden Tagesordnung der freigerer Form vollzogen worden war, als die Absicht der schweizerischen Regierung war. Bundespräsident Assis tadelt energisch das Vorgehen jener Italiener, welche die schweizerische Gastfreundschaft mißbraucht hätten, und erklärte, die internationalen Verpflichtungen forderten ein energisches Einschreiten.

Bruch, 27. Juni. (G. Ver.) Die sozialdemokratische Presse veröffentlicht eine Eingabe der in Bruch domizilirten geschäftsleitenden Kommission der schweizerischen sozialdemokratischen Partei an die Bundesbehörden in Sachen der Italiener-Auslieferung. Die Eingabe geht von den am 15. Mai an der Grenze stattgefundenen Vorgängen aus, die sich in denselbenanton abspielten, welcher vor 8 Jahren der Schauplatz einer siegreichen Revolution bildete, deren Führer zur Zeit die höchsten Ehrenstellen bekleiden, verurtheilt (sodann die Auslieferung selbst und gepflückt mit Geschick und Schärfe den bereits bekannten bundesrätlichen Bericht. Sehr angebracht und auch in allgemeinen zeitmäßig ist ein Plakat von dem General Universitätsprofessor Giltz, der freilich sonst kein Volkswurm ist, aus einem Artikel, den er 1890 anlässlich der siegreichen Revolution der Liberalen im Testin schrieb und welches lautet: „Die menschliche Natur ist nicht revolutionär und keine Revolution entsteht ohne harte Mithaid der Regierung, gegen die sie gerichtet ist.“ Energisch weist die Eingabe den Versuch zurück, die ausgelieferten Arbeiter als arbeitssüchtig und die Auslieferung selbst als einen Akt der Anempolizei hinzustellen. Verurtheilt wird ferner auch die Verhinderung der italienischen Sozialistenführer, auf die Arbeiter in dem Sinne einzuwirken, daß sie wieder in die Innerschweiz zurückkehren. Verantwortlich für das Geschehene werden alle diejenigen erklärt, welche feinerzeit an der Schaffung der politischen Polizei mitgewirkt haben und die stets bereit sind, auf Kosten von Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz fremden Regierungen Liebedienste zu erweisen. Schließlich wird die Aufhebung der politischen Polizei und der Bundesanwaltschaft gefordert. Der Bundesanwaltschaft soll dem Justizdepartement unterstellt werden.

Frankreich.

Paris, 29. Juni. Ueber die heutigen Beratungen des Kabinetes in betreff einer etwaigen Interpellation in der Dreifus-Angelegenheit wird entgegen der früheren Meldung nunmehr bekannt, daß Cavaigne darauf bestand, eine solche Interpellation müsse sofort im Parlament diskutiert werden, während die Mehrheit der Minister sich im entgegengegesetzten Sinne aussprach. Schließlich wurde beschlossen, die Frage morgen in einem unter dem Vorsitz des Präsidenten Faure abgehaltenen Ministerrathe noch einmal zur Verhandlung zu stellen.

Paris, 30. Juni. Der heute im Elysee abgehaltene Ministerrath beschloß, daß die Getreidezölle vom 1. Juli ab wieder in voller Höhe erhoben werden sollen.

Paris, 30. Juni. Anlässlich der heute ein-gebrachten Interpellation über die allgemeine politische Lage erhielt das neue Ministerium ein Vertrauensvotum, und zwar wurde dasselbe mit 316 gegen 280 Stimmen angenommen. Bei den radikalen Abgeordneten herrschte über diesen Erfolg großer Jubel.

Niederlande.

Amsterdam, 29. Juni. (G. Ver.) In zwei Kreisen der Provinz Groningen ist, wie wir schon auf Grund einer Privatbespehe meldeten, der Sozialdemokrat Schäper in die Provinzialstaaten gewählt worden. In Groningen-Stadt erzielte er im ersten Wahl-

daselbe ein jedoch nur von Fachleuten erkennbares verändertes Aussehen erhielt. Von diesen älteren Banknoten sind nun ebenfalls eine Anzahl, theils mit Nummern versehen, theils unnummeriert, im Besitze des Oberfaktors vorgefunden. Ferner ist festgestellt, daß Wilhelmsb. feinerzeit ein käsigen rothe Balgenfarbe sich in der Reichsdruckerei angeeignet hat. Ob er jedoch schon damals im Besitze einer Handpresse war, oder in welcher Weise der Ausdruck der Nummern feinerzeit sonst bewirkt wurde, darüber war Bestimmtes nicht festzustellen.

Um den Werth oder Unwerth des „Volkstanzes“ handelte es sich in einem Prozesse, der gestern vor der 138. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Der Vertreter des Volkstanzes, der aus Danemark stammende Kaufmann Erik Schöning, war des Vertrages beschuldigt. Er hatte das Volkstanz im Anfange dieses Jahres in verschiedenen Blättern angepriesen. An einem feierlichen Abend auf der bloßen Brust getragen, entwickelte es im Körper des Trägers einen elektrischen Strom, welcher ein wirksames Heilmittel gegen eine Menge gefährlicher Krankheiten sei. Das Volkstanzpräparat nahm Veranlassung, vor dem Ankauf des Tanzes zu warnen, da es keinerlei Hilfskräfte in sich birge und einen Werth von 10 Pf. habe, während der Verkäufer sich 20 Pf. dafür zahlen lasse. Die Anklage ging von der Voraussetzung aus, daß Schöning die Werthlosigkeit des von ihm angepriesenen Heilmittels recht gut kannte, demgemäß betrügerisch handelte. Der Beschuldigte verwahrte sich entschieden gegen diesen Vorwurf. Das Volkstanz, eine Erfindung des Professors Deshner in Kopenhagen, sei in verschiedenen Ländern geschätzt und auf den hygienischen Ausstellungen ausgezeichnet worden. Auch in Deutschland sei das Waarenzeichen geschützt worden und dies solle nach dem Gesetze nicht geschahen, wenn der betreffende Gegenstand unschädlich oder unschädlichen Zwecken dienen solle. Tausende von Anerkennungs- und Dankschreiben seien in seinen Händen. Es waren von Entlassungszeugnissen aufgedruckt worden. Die ersten hatten jede Wirkung vermehrt, die letzteren wollten mit dem Tanz gute, sogar ausgezeichnete Erfolge erzielt haben. Der Angeklagte behauptete, daß er es selbst mit großem Erfolge gegen Schlaflosigkeit getragen habe. Das Gutachten des Kreisphysikus Dr. Störmer über das Volkstanz lautete geradezu vernichtend. Es besahe aus zwei übereinandergelegten kreisförmigen Metallplatten, die eine von Kupfer, die andere von Zink. Dazwischen befand sich ein Stückchen Wollstoff. Das Tanz werde vor dem Anlegen etwa 5 Minuten lang in lauwarmen Essig gelegt und dadurch werde allerdings in dem Maße, der mit beiden Metallplatten verbunden sei, ein elektrischer Strom erzeugt, aber ein so geringer, daß gar nicht daran zu denken sei, daß der Strom die Widerstandsfähigkeit der Haut brechen und in den Körper übergehen könne. Das Tanz habe nicht die geringste Wirkung, ebenso gut könne man ein Stück Leder auf der bloßen Brust tragen. Den Zeugen, welche durch das Tanz von irgend welchen Gebrechen befreit sein wollten, habe der Glaube geholfen, der ja bekanntlich Außerordentliches zu leisten vermöge. Der 2. Sachverständige, Dr. med. Sperling, äußerte sich weniger ungünstig über den Werth des Tanzes. Er hielt es nicht für ausgeschlossen, daß bei schwächlichen Personen eine Wirkung durch das Tragen des Tanzes hervorgerufen werden könne; dies geschehe bisweilen schon durch die bloße Berührung des Körpers mit irgend einem Metall. Während der Staatsanwalt einen Betrag für vorliegend erachtete und gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 M. beantragte, folgte der Gerichtshof den Ausführungen der Verteidiger, Rechtsanwältin Volkmar und Dr. Fuchs, und sprach den Angeklagten frei, da nicht angenommen werden könne, daß er nicht an die Heilkräfte des Volkstanzes glaube.

Aus Gästrow wird berichtet: Der Arbeiter Heinrich Buch in Ronow, 46 Jahre alt, hatte sich vor dem Schwurgericht gegen die Anklage zu verantworten, am Abend des 22. Februar einen Forstbeamten, dem Holzwärter Köhn, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes Widerstand geleistet und dem Weanten dabei eine Körperverletzung zugefügt zu haben. An dem erwähnten Abend war der Arbeiter Buch auf seinem dicht am Walde liegenden Acker gegangen, um — seiner Angabe nach — den Schaden zu besichtigen, den dort die Hirsche angerichtet hatten. Dabei traf er mit dem Holzwärter Köhn zusammen, der Buch im Verdacht der Wilddieberei hat, weil dieser mit Leuten verkehren soll, die wegen Wilderndes bestraft sind, und weil er im Besitze eines zerlegbaren Gewehres ist. Buch äußerte zu Köhn, es sei schon wieder alles schwarz von Hirschen, und er müsse wohl selbst etwas gebrauchen. Darauf forderte ihn Köhn auf, seinen Rod zu öffnen, welches Verlangen der Forstbeamte deshalb stellte, um so sehen, ob Buch unter dem Rod sein zerlegbares Gewehr verborgen hatte. Buch soll nun, wie Köhn zugehörig erklärte, geäußert haben: wenn Köhn ihn anfasse, werde er mit der Kasse in den Sand zu liegen kommen, und als er Buch

dennoch angefaßt habe, hätte ihn dieser mit der Faust gegen die Brust gestochen, so daß er zurückgetaumelt sei. Buch behauptete dagegen, er habe auf Köhn's Aufforderung, den Rod zu öffnen, erwidert: wenn Köhn etwas von ihm wolle, möge er mit zum Schulzen kommen, und daß er, als Köhn ihm dann den Rod mit Gewalt aufgerissen habe, Köhn nicht gestochen, sondern nur abgewehrt habe. Das Urtheil des Schwurgerichts lautete auf sechs Monate Gefängnis, wobei noch mildernde Umstände angenommen worden sind. Wie uns mitgeteilt wird, hat dieses Urtheil in Ronow und Umgegend lebhaften Beifall erregt. Man ist dort der Meinung, daß ein Forstbeamter kein Recht hat, jemand zu verhaften, wenn dieser sich bereit erklärt, mit zum Schulzen zu gehen. Auch soll der Forstbeamte eine wirkliche Körperverletzung nicht erlitten haben.

Ein Polizeibeamter von einer geradezu unerhörten Gemeinheit und Missethat ist der bisherige Polizeikommissar Josef Kuchaj in Nowarajaw. Die dortige Strafkammer hat ihn am 7. April wegen Körperverletzung im Amte und Erpressung eines Geständnisses durch Gewalt zu zwei Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurtheilt. Am 18. Oktober 1896 wurde ihm mitgeteilt, daß dem Restaurateur G. mehrere Flaschen Wör gestohlen worden seien. Er ermittelte, daß die That von mehreren Knaben begangen worden sei und brachte drei derselben auf das Polizeibureau. Dort mißhandelte er sie nach einander in der rohesten Weise, indem er sie über einen Stuhl legte und mit einem Gummischlauch prägelte. Deswegen hat er eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten erhalten. Am 23. Dezember 1896 hatte Kuchaj drei Personen, W. St. und J. zu verhaften, die des Diebstahls bezichtigt wurden. Er verhaftete sie und brachte sie in das Polizeigefängnis. Gestehen wollten sie die That nicht. Als gültliches Jureden nichts half, hand Kuchaj den W. auf eine Prüche und schlug ihn mit einem Stocke oder Ochsenzener, bis er „gestand“, er habe das gestohlene Geld da und da vergraben. Mit St. wurde es ebenso gemacht. Am Morgen des 24. Dezember führte Kuchaj den W. an die Stelle, wo derselbe das Geld vergraben haben wollte. Trotz enigen Grabens wurde aber nichts gefunden. Als man dann wieder im Gefängnis war, wurde das Verhör fortgesetzt. W. gab jetzt, nachdem er wieder auf die Prüche geschickt und verhanden worden war, als Versteck des Geldes einen Schweinefall an. Nummehr wiederholte sich das Schauspiel des Nachforschens nach dem Gelde und die Folter noch zweimal. Zu gunsten des Angeklagten hat das Gericht nicht vier Handlungen, sondern nur eine vorliegende Handlung angenommen. Ebenso ist mildernd in betracht gezogen, daß er in großer Erregung war. Andererseits wurde erzwungen, daß er in unerhört roher Weise gegen die verhafteten Personen vorgegangen ist. — Die Revision des Angeklagten richtete sich in der Hauptsache gegen die thätlichen Feststellungen. — Das Reichsgericht hielt dieselben zwar für knapp, aber doch für ausreichend und erkannte auf Verwerfung der eingelegten Revision.

Veranstaltungen.

In einer öffentlichen Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen am Dienstag wurden nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Zahn von Genossen Schumann die Zustände in den Wappenfäbriken in der Wappstraße besprochen. Insbesondere die übermäßig lange Arbeitszeit, bis zu 13 Stunden täglich, bei 7 bis 11 M. Wochenlohn für Arbeiterinnen in den umgebenen Räumen wurde lebhaft getadelt. Auch werden, entgegen den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die Arbeiterinnen erst nach 8 Uhr Sonntags entlohnt. Da eine bisher angeführte Lohnhöhung fruchtlos blieb, wurden die zahlreich anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen aufgefordert, sich dem Verband aller Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen, um durch die Macht der Organisation das zu erreichen, was dem Einzelnen unmöglich ist. Der Beitrag beträgt wöchentlich 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder. — Als Kandidat zum Gewerbegerichts-Beisitzer wurde Schumann, als Delegirter zur Gewerkschaftskommission Funk gewählt.

Eine öffentliche Versammlung der Schuhmacher tagte am Dienstag im Lokal „Königsbühl“, Frankfurterstraße, in der die Agitationskommission den Geschäfts- und Kasienbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1897 bis 1. April 1898 erstattete. Die Kommission hat während dieser Geschäftsperiode, in der mehrere Streiks, die sich auf einzelne Fabriken beschränkten, zu verzeichnen waren und in der die Bewegung gegen den Arbeitsnachweis des Unternehmer-Verbandes zum Abschluß gebracht wurde, eine rege Thätigkeit entfaltet. Wie der Berichterstatter Hermann ausführt, haben außer den vielen Kommissionen- und Vertrauensmänner-Sitzungen eine große Anzahl Fabrik-Konferenzen stattgefunden. Die Einnahmen für diese Zeit betragen inf. Bestand von 1950 M. insgesammt, darunter ein größerer Posten als Darlehen, 21 941,62 M. Die Aus-

gaben betragen 21 856,60 M., so daß ein Bestand von 584,02 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Koch die Decharge erteilt und demselben 1 Pf. von den durch Listen und Marken vereinnahmten Geldern als Mantelgeld bewilligt. Von der Kommission sowohl als auch von den Diskussions-Rednern wurde darüber Klage geführt, daß nach dem nicht sehr günstigen Verlauf der letzten Bewegung unter einem Theil der Arbeiter eine bedauerliche Interesslosigkeit an den Organisationsbestrebungen eingetreten ist, die sich auch in unliebbarer Weise bei den Sammlungen zum Streifonds, an welchen sich einzelne Fabriken in letzter Zeit gar nicht mehr beteiligen, bemerkbar macht. Ein Antrag, die projektualen Beiträge zum öffentlichen Fonds zu ermäßigen, um dadurch eine größere Beteiligung an den Sammlungen zu erzielen, wurde, nachdem sich mehrere Redner gegen denselben gewandt hatten, von der Tagesordnung abgelehnt und beschlossen, zunächst Fabrik-Konferenzen einzuberufen, in welchen diese Frage zur Diskussion gestellt wird. Ebenso wurde die Auswahl der Agitationskommission bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nach einem kurzen Bericht über die Thätigkeit des Gewerbegerichts, den Lange erstattete, wurden Weber und Poitan als Kandidaten zu Gewerbegerichts-Beisitzern und Lange als Ersatzmann nominiert. Die nächste Vertrauensmänner-Sitzung findet am 6. Juli bei Scheere, Blumenstr. 88, statt.

Beisitzer Arbeitervertreter-Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei B. & B., Grenadierstr. 33, abends 8 1/2 Uhr. Unentgeltlicher Rath wird erteilt!

Im Norden Berlin: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung abends von 7-9 Uhr: A. Daehne, Demminerstr. 34, v. 3 Tr. G. Gudeit, Bienenstr. 29a, von 8-9 Uhr abends. F. Fischer, Gartenstr. 15, v. 2 Tr. G. Simonowski, Gartenstr. 78, Poststr. 2, 2 Tr. M. Stuhlmann, Oberbergerstr. 37, 4 Tr., von 6-9 Uhr abends. H. Tamm, Bismarckstr. 6, von 8-9 Uhr abends. A. Voigt, Bismarckstr. 41/42. G. Warrn, Kolbergerstr. 7, von 6-7 Uhr abends. P. Reimann, Bismarckstr. 83. J. Krause, Gartenstr. 13, 2. Gang, part. — Für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Blume, Streiberstr. 18. F. Trapp, Schillerstr. 59, von 7 bis 8 Uhr abends. W. Roth, Schweinmühlstr. 64, vorn hinter Aufgang.

Im Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: G. Bader, Gr. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr. — Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: K. Schatz, Hofmarktstr. 60 L.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: S. Halhoff, Michaelisstr. 18. — Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: W. Kühne, Fischerstr. 1.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Stagemaler, Grünstr. 39. — Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: P. Kellner, Niddorfer, Pommerstr. 58, Hof part. G. Guse, Gumbahnenstr. 4.

Im Süd-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: G. Hänel, Solmsstr. 44. **Im Nord-Westen:** Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: R. Stephan, Gurdorfstr. 2. — Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: R. Kuchel, Roskoderstr. 43.

Im Nord-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: G. Köppler, Bodestr. 15, vorn part. (abends 8 Uhr). W. Sauter, Weißbaldstr. 8, II. Unt. **Im Centrum:** Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Sattler, Al. Hamburgerstr. 2.

Bei sämtlichen vorgenannten Vereinen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7-9 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Sauterbach-Möbel. In diesem Kreise ist Hindewald (Antisemit) wiedergeboren worden.

H. G. Ein Thaler von 1875 hat keinen höheren Werth als ein anderer.

C. S. M. Die der Hatz nach rückwärts Partein haben nach parlamentarischen Brauch das Recht, die Stellen des Präsidiums zu besetzen.

Witterungsübersicht vom 30. Juni 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand am Morgen	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Stationen	Barometer stand am Morgen	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	
Eintriede	763	SW	1	heiter	16	Caparanda	762	S	2	bedeckt
Darmstadt	764	SW	1	bedeckt	14	Beiersburg	765	SW	1	wolkenlos
Berlin	764	SW	1	wolkenlos	17	Cott	767	SW	1	wolkenlos
Wiesbaden	767	SW	1	bedeckt	14	Herborn	768	SW	1	wolkenlos
München	769	SW	1	bed. bed. 14		Paris	762	SW	1	heiter
Wien	764	SW	1	bed. bed. 14						

Wetterprognose für Freitag, 1. Juli 1898.
Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, vielfach wollig bei mäßigen westlichen Winden; etwas Regen und Gewitterregung. **Berliner Wetterbureau.**

Unterstützungs-Berein der Kupferindustrie Deutschlands. Filiale Berlin.

Hierdurch allen Kollegen die traurige Mitteilung, daß am 28. Juni unser College

Heinrich Warwas,

im Alter von 41 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Charlottenburg, Bismarckstr., aus statt. Um rege Theilnahme bitten

Danksagung.

Für die vielen Beweise untrügender Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Hofschreibers

Ernst Rattke

sage ich allen Freunden u. Bekannten meinen herzlichsten Dank. 42886 Die tiefbetrübte Wittwe Anna Rattke nebst Kindern.

Sophastoffe

aus Resten in Ripps, Sammt, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! (49711) Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabripreisen.

Läuferstoffe

Berlin S., Emil Lefèvre, Oranienstr. Nr. 158.

Fahrräder

Stets großes Lager erstklass. Fahrräder auf 49932

Theilzahlung

die Kreditverhältnisse zu den günstigsten Zahlungsbedingungen. Reparatur-Anstalt.

Adomeit & Landau,

Pringlerstraße 48 I, dicht am Rosenthaler Thor.

Beim Quartalswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wenzels, Frankfurterstraße 30, Hof II. — **SO.:** Felix Thiel, Stahlfabrikstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Noahit):** Karl Anders, Salzweidenerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Gust Stolzberg, Bienenstraße 14. — **Gesundbrunn:** Wilhelm Wabmann, Grünthalerstr. 64/65. — **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Carl Mars, Kottbusser Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Schwarberg, Schillerstr. 94, v. 1 Treppe. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Adler, Schmaringerstr. 24, und Frau Heinemann, Signarierstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volkszeitung“ zu erhalten.) — **Rixdorf:** Ohermann, Gertrudenstr. 6. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Belgischerstr. 59, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneberg:** Otto John, Ober-Schöneberg, Elemenstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneberg: Karl Weder, Zigarrengeschäft, Johannisthal: Senfleben, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** P. Bernier, Kirchstraße 15 in Friedenau. Besichtigungen nehmen entgegen in Steglitz: P. Mohr, Duppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Höpferstraße 10a. — **Baumsehleweg:** Rich. Hübner, Marienfelderstraße 18, L.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.

Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Deutschr. 20/21: Sitzung der Ortsverwaltung.

Ausscheiden! Giltig 1 M. II. 1. Jahre 2 M. Garantie 10 Jahre. Holstom. schwarz. Zahngelb. 70 Pf. Plomben 1 M. Zahnl. wochentl. 1 M. Zahngelb. Zahnl. wochentl. 24 L. Extr. 1-3 Uhr.

Dr. Simmel, Moritzplatz,

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4. Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.

„Vorwärts“,

eine milde und sehr preiswerte Zigarre, Sumatra mit feiner Brasil. à 100 M. franko. Probierzettel à 4 M. ab hier, beliebt bei Jedermann, empfiehlt gegen Raucherkrämpfe. H. Reichel, Altona-Westfalen.

E. Klähn, Berlin SO.

Rövidersstr. 163. Teleph. IV. 5151. Ed-Exkitation, gutgeh. Geschäft, ist fruchtbringend bill. veräußert. Zu erfr. Hefendstr. 22, Zigarrengeß.

Achtung! Schloss Weissensee „Zum Sternecker“.

Sonntag, den 3. Juli 1898:

Grosses Volksfest

arrangirt von den Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Niederbarnim

unter gütiger Mitwirkung eines Schloßvereins und mehrerer Arbeiter-Gesangsvereine (Mitgl. d. K. S. V.).

Grosses Vokal- u. Instrumental-Konzert

unter Leitung des Direktor Tiets. Gr. Brillant-Feuerwerk. Turnerische Aufführungen. Volks- u. Kinderspiele aller Art.

Jedes Kind erhält eine Freikarte zum Karussell. Der Besuch des See-Theater ist unentgeltlich gestattet. Die Kaffeekasse ist für die geehrten Damen den ganzen Tag geöffnet.

In beiden Sälen von 4 Uhr ab: Tanz. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang früh 8 Uhr. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. — Programm gratis. Das Komitee.

Eine Million

Wangen sammt deren Brut tötet sofort mein „Wangen-Fluid“ in 3 L. 0,50, 1,00, 2,00. Gegen Schwaben und deren Brut wirkt sicher mein „Schwaben-töd“ à Schachtel 0,50, 1,00. Nur beim alleinigen Erfinder Pohl, Trög., Brunnenstr. 157.

Verkauf von Terrain.

Das Terrain, 1/2 Stunde von Berlin, schön an Ort und Stelle gelegen, von 80-90 Quadratrußen an der Halbanzählung. Jörn, Jeyernick & Bernau. 42915

Fahrräder.

1. a. Fahrrad, unter Garantie zu f. u. l. Teilzahlung bei mäßig. Anzahlung direkt in d. Fabrik Tiefenbacherstr. 33.

Charlottenburg, Gröbnerstr. 20 bei

Bogel, Laden u. Wohn, bisher Zigarrengeß, p. 1. 10. 3. 42476

Glasbuchstaben-Facettenschleifer

werden für London gel.; nur solche, die praktische Buchstabenfacettenschleifer sind, sollen sich melden an S. Trommer & Son, 78 Gray's Jan Road, London, W. C. Man spricht deutsch.

Intelligente Personen, die ihren Beruf wechseln wollen, finden ohne Risiko lohnen Beschäftigung. Offert. L. 4, Erved. d. „Vorw.“ 42856

Lehrmädchen

auf Bayreuth bei f. u. l. fortigen Gehalt sucht 42486 Cohn, Wustenerstr. 37.

Lüdtige Schlosser,

die auf Feldbahn-Weichen, und Drehscheiben einarbeiten sind, finden bei hohem Arbeitslohn bauernde Beschäftigung. Schriftliche Bedingungen erheben an

M. Brenner, Magdeburg.

Tüchtiger Silberdrucker, nur solcher, wird verlangt, Sedolienstraße 20. Meldungen beim Portier.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 1. Juli.
Neues Opern-Theater (Kroll).
Mignon. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leitung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibenz. Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Neues. Der Stellvertreter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Afrika. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Gefessener. Anfang 8 Uhr.
Selle-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches.
Die Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: Vom Mitterhorn zur Jungfrau.
Invalidenstrasse 57-62.
Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon. Eintritt 20 Pf. (Deutsch ungültig).

Prater-Theater.
Auf Sumatra
Or. Anstaltungsstück mit Gesang und Ballett in 12 Bildern v. G. Lehmann. Musik von F. Krause. Anfang 8 Uhr.
Vorjugsballett haben Gültigkeit.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Neues Opern-Programm.
Neue Spezialitäten. Gedruckt Porto.
Otto Müller-Römer, Komiker.
The Carillon. Große Pantomime. Konzert, Theater.
Passe-partouts haben Gültigkeit.
Sonabend: Or. Sommerachtsfest. - In Vorbereitung: Gebr. Buchholz, Besse von G. Schulz. - Dienstag: Benefiz für die Dreifach-Mitglieder.

Apollo-Theater.
Vollständig neues Programm.
S Debüts.
Ferner:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattung-Burleske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson. Musik von W. Rosenzweig. In Szene gesetzt v. Direktor Glück.
Vor der Vorstellung:
Grosses Garten-Konzert.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Reichshallen-Garten-Theater.
Leipzigerstr. 77.
Das Beste vom Besten, was bisher über die Bretter gegangen, ist:
Berlin auf Stelzen!
Von W. Agoston und K. Wilhelm.
Ferner:
20 Spezialitäten
1. Rang.
Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familien-Vorjugskarten gültig.
Bei ungünstiger Witterung im grossen Theateraal.

Acten-Brauerei Friedrichshain
früher Rps. Am Königsberg.
Jeden Freitag:
Militär-Frei-Konzert
der Kapelle des 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform.
Anfang 7 Uhr.
Jeden Freitag:
Gr. Fisch-Essen, à Port. 50 Pf.

Fahlmann's Vaudeville-Theater
Inhaber F. Lehmann.
Schönw. Allee 148. Anfang Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung mit sehr neuem Programm.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Lezte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Anfang: Sonntag 7, Wochent. 8 Uhr.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung.
Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: Vom Mitterhorn zur Jungfrau.
Invalidenstrasse 57-62.
Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon. Eintritt 20 Pf. (Deutsch ungültig).

Passage-Panopticum.
Théâtre-Variété.
Sensationell:
Die schöne Tätowirte Sga. Radolfi als Athletin.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 105.
Neu!! Zola, Laborie, Neu!! Esterhazy Neu!!
Mac Kinley - Gladstone. die schöne Salambo, Schlangenbändigerin.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 11/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wechsel, Pietro, Britten, Steidl, Krone, Mühl, Schneider und Schrader).
Anfang präzis 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets à 1 Port (siehe Plakate).
Stets wechselndes Programm!

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 10.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Handel und Wandel.
Charakterbild m. Gesang v. Ant. Kuno.
Neu! Neu!
Junge oder Mädchen.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz von Carlos Duchow.
Musik von Wai.
Am Saal: Grosser Ball.

Ostbahn-Park,
Am Köpenicker Platz.
Grösstes Vergnügungs-Etablissement des Ostens, mit neubauten prachtvollen Festhallen.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 6 Uhr, Sonntag 4 Uhr.
Entree: Wochent. à Person 10 Pf. Sonntag 20 Pf. Kind 10 Pf.

A. Seidler
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin W., Zedaustrasse 82.
Hauptverbraucher: Ant. Schöneberg Nr. 92.
40/2 Kl. Export-Weißbier ohne Wasserzuzug für 3 Wk.
40 Kl. helles Bairisch-Bier von welcher Brauerei gewünscht wird für 3 Wk. 50719*

An die Mitglieder der Freien Volksbühne.
Da in den Monaten Juli und August keine Vorstellungen des Vereins stattfinden, erbietet sich die Direktion des Friedrich Wilhelmstädtischen Theaters, unseren Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte bei den Sonntag-Nachmittags-Vorstellungen Logen-, Fauteuil- und I. Parquet-Billets gegen Zahlung von 50 Pf. zu verabfolgen. Die nächste dieser Vorstellungen findet am Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 4 Uhr, statt. Zur Ausführung gelangt:
Die Räuber.
Von Friedrich Schiller.
Gleichzeitig werden die Mitglieder aufmerksam gemacht, dass der Beitrag für Juli nicht erhoben wird, dagegen der August-Beitrag bis spätestens 15. August zu entrichten ist, da sonst das Anrecht auf die bisherige Abtheilung verloren geht.
Die September-Vorstellungen beginnen im Lessing-Theater.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
BAHNSTATION SAVIGNYPLATZ
Carl Hagenbeck's INDIEN
Vorstellungen in der Arena: an Wochent. 6 u. 8 Uhr, an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr, im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Schweizer Garten.
Am Königs-Thor, Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain, Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen. Im Ball.
An Wochentagen freier Damentanz. Auch in die Anseelände von 3-5 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Billets zu erwünschten Preisen in Handlungen. Größeren Vereinen empfehlen wir unser Zur Beachtung! Stadtkassent (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonabend).

Max Klien's Sommer-Theater,
Gartenstraße 14/15. - Artistischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Ulrico's Wunder-Tauben. - The Dissenato's. - Charl Gnoyn, Variété. - Paul Troy, Charakterkomiker. - Franziska Wunsch, Soubrette. - Max Kientler, Liedersänger. Hartha Reinshagen, Pianoforte.
Neu! Neu! Berlin, wie's liebt und radelt. Neu!
Voll mit Gesang in 2 Bildern von J. Eissner.
Ehstands-Kandidaten, Lustspiel in 1 Akt von Friedrich. Vor und nach der Vorstellung: Grosses Doppel-Konzert.
In den beiden Sälen: Grosser Ball.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr. Sonntag 5 Uhr.
Max Klien.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-6. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Ilversgehofen
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.
Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalbt, Spezialität. 7 M.
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.
" " Befas u. Knopferzierer 3,00, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
" Agraffenstiefel, Befas, 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, fräutig, 4,50 bis 6,50 M.
Schnüftiefel, Reittiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
" Knopf- u. Schnürtiefel, elegant, mit Befas u. Spitze, von 5,50 M. an.
" Schnürschuhe von 3,50 M. an.
" Hausschuhe von 3,00 M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, ausser solid gearbeitet.
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an.
Grösste Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberwertheilung ausgeschlossen. [40569*]
Verkaufsstellen:
Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.
" W., Schillstr. 12.
" Zieffin, Reifschlagerstr. 14.
Hannover, Klagenstraße 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
Bremen, Boulenstraße 75.
Düsseldorf, Sandowstraße 57.
Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Viehhofenstr. 26.
München, Sendlingerstraße 10.
" Dachauerstraße 83.
" Landsbergerstraße 7.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Achtung, Kollegen!
Ein großer Theil unserer Vertrauensleute hat trotz mehrmaliger Aufforderung die ihnen zugeordnete Karte nicht beantwortet; wir ersuchen daher unsere Mitglieder in allen Verhältnissen auf die Vertrauensleute einzuwirken, damit selbige ihre Pflicht erfüllen. Alle Antworten, welche nicht bis spätestens am 5. Juli in unseren Händen sind, werden nicht mehr berücksichtigt. Diejenigen Vertrauensleute, welche bis zum 5. Juli nicht geantwortet haben, werden unweigerlich aus unserer Liste gestrichen. In allen Verhältnissen, in denen Vertrauensleute nicht vorhanden, ersuchen wir unverzüglich solche zu wählen und die Adressen der Gewählten an unser Bureau, Annenstr. 39, gelangen zu lassen.
Die Zahlstelle 41 ist von Stadelmann, Goldsteinstraße 7, nach dem Restaurant von Gonell, Goldsteinstraße 5, verlegt worden. Wir ersuchen diejenigen Mitglieder, welche dort Beiträge entrichtet und die Zeitungen bezogen haben, dies zu beachten.
112/12 Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Sonabend, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den Oranien-Hallen, Oranienstr. 51:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Ergänzungswahl des Vorstandes. 2. Vereindangelegenheiten.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Sommerfest am 23. Juli stattfindet. Billets sind beim Kollegen Krüskel, Reichsbergstr. 175; im Arbeitsnachweis, Raunigstr. 78, und beim Vorsitzenden, Oranienstr. 25, zu haben. 142/6

Achtung! Putzer! Achtung!
Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandter Berufsge nossen.
Filiale Berlin I (Putzer).
Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 3. Juli 1893, vormittags punkt 11 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über den Antrag Bubach und das Verhalten der bei Putzmeister arbeitenden Kollegen. 2. Abrechnung des 2. Quartals. Verbandsangelegenheiten. 134/20
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der wichtigsten Tagesordnung wegen ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Verband der Sattler und Tapezierer.
Sonabend, den 2. Juli, abends 9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstrasse 27c:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. J. Wollheim über: Die Luft, die wir atmen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 156/13
Um zahlreiches Besuch bittet
Die Ortsverwaltung.

Verein der Bauanschläger
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 3. Juli, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Kassenscheiboren. 3. Beschlußfassung über die Vorstandsberichte. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Die Beiträge werden nur in der Zeit von 10-11 Uhr entgegengenommen.
Der Vorstand. 33/14

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter
Deutschlands. (Zahlstelle Berlin I.)
Sonntag, den 3. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, in Stabernad's Vereinshaus, Inselstraße 10, II.:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1893. 2. Verbandsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden dabeilich aufgenommen.
32/10 Die Ortsverwaltung.

Guckel's Zahnateliers
Lautzter Platz 2, Elsassstr. 12, Steglitzerstrasse 71.
Bestrenommiert und wohlbekannt.
Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet. (Wochn. 1 M.)
Ausschneiden!
Dieser Kopon wird mit 1 M. angerechnet.

Restaurant zum Fürsten Wolfgang,
an der Landsberger Chaussee, 15 Minuten vom Bahnhof Landsberger Allee.
Allen Freunden und Bekannten sowie Vereinen und Gewerkschaften empfehle ich mein idyllisches Etablissement, am See gelegen, bei Ausflügen, Partien etc. Saal zu 300 Personen, sowie 2 Regeltabakken u. 6 Kähne stehen zur gefälligen Benützung. Bei größeren Partien bitte um vorherige Rücksprache.
Johann Emmerich.

Institut für Zahnleidende.
Herm. Herod, Elsassstr. 92 I. (Rosenthaler Thor).
Ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart etc.
Künstliche Zähne unt. Garantie d. Brauchbarkeit.
Neu! Schmerzloses Zahnziehen und Plombiren!
Gebisse ohne Gaumenplatte, D. R.-Patent No. 93 52.
Nur mir darf Ricman in Berlin u. Umgeb. diese patentirten Gebisse anfertigen! Preisliste! Bitte die Zeitungs-! Sprechst. 9-12, 3-5.
Telephon III. 3014.
Betten, Bettfedern, Inlette, Gräntram-Gewächst mit Druck, Steppdecken, Wärmehüllen, rote billig zu verkaufen. Rüd. Gbars, Pottsdämmer Weg, Reanderstr. 8, Lottenburg, Schillerstr. 26. 4255/5

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Maurer in Pantow werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf dem Bau Mühlenstraßen-Ede die Sperre verhängt ist.

Deutsches Reich.

Ueber den Streik der Hamburger Bäcker wird berichtet, daß weitere 16 Meister die Forderungen der Gesellen bewilligt haben. Damit erhöht sich die Zahl der Bäcker, die zu den neuen Bedingungen arbeiten lassen, auf 256. In Bergedorf beschloßen die Bäckergesellen, sich der Lohnbewegung ihrer Hamburger Kollegen anzuschließen.

An die Maurer Deutschlands! Wie bekannt sein wird, sind die Magdeburger Maurer seit dem 1. Mai d. J. ausgesperrt, weil die Zimmerer die Forderung eines Stundenlohnes von 45 Pf. gestellt hatten. Es sollten nun die Maurer und Bauarbeiter einen Druck auf die Zimmerleute ausüben, damit dieselben die Arbeit zu den alten Bedingungen, 40 Pf. für die Stunde, wieder aufnehmen sollten. Da wir die Forderung der Zimmerleute für berechtigt hielten, floßen wir auf's Straßengpflaster. Jetzt, nach achtwöchentlicher Aussperrung, wollen wir uns ganz bestimmter Quelle erfahren haben, die Unternehmer im Arbeitgeberverband ihre Arbeitsplätze am 4. Juli wieder öffnen. Es könnten dann alle, welche das Solidaritätsgefühl verloren haben, zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen. Wir richten nun an alle auswärtigen Kollegen die Bitte, sobald in den bürgerlichen Zeitungen Bekanntmachungen oder Inserate erscheinen, welche besagen, daß die Aussperrung oder der Streik beendet ist oder Maurer nach Magdeburg geschickt werden, sofort Gegeninserate oder Bekanntmachungen in den dortigen Zeitungen zu veröffentlichen und uns sofort telegraphisch davon zu benachrichtigen. Denn der Kampf wird, nachdem uns die Arbeitsplätze wieder geöffnet sind, erst recht ein hartnäckiger werden, weil wir in demselben Augenblick, wo die Bauplätze geöffnet werden, auch unsere Forderung stellen. Es wird wohl kein demnünftiger Mensch erwarten, daß, nachdem wir von dem Arbeitgeber-Verband ohne Grund so lange dem Hunger preisgegeben waren, wir denselben die Kriegslosten schenken. Vielmehr werden wir als Kriegsschädigung eine Lohnerhöhung fordern; welche, darüber wird die Versammlung entscheiden. Die Unternehmer werden jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, um auswärtige Kollegen nach hier zu locken. Wir bitten nun alle Kollegen Deutschlands, unterstützen uns in unserem gerechten Kampfe und wirt dafür, daß das Solidaritätsgefühl der Kollegen den Sieg unserer gerechten Sache beschleunigt. Die Kosten, die entstehen, werden wir gern zurückzahlen. Alle Telegramme und Schreiben sind an den Kollegen Karl Schöck, Katharinenstr. 5, zu richten. Die Streikkommission der Maurer Magdeburgs und Umgegend.

Redakteur Gash von der „Buchdrucker-Wacht“ ist von der Redaktion dieses Gewerkschaftsblattes zurückgetreten. Das Blatt wird vom 1. Juli ab wie früher nur einmal wöchentlich erscheinen.

Der Leipziger Bäckereistreik ist verlegt. Die Bäckereimung hatte all' von den Gesellen gestellten Forderungen abgelehnt und als undurchführbar bezeichnet. In einer Versammlung der Bäckergesellen, in der über die weiteren Schritte beraten werden sollte, verlangte man für das Eintreten in einen Streik eine Dreiviertel-Majorität. Diese war in der Versammlung nicht vorhanden und wurde somit die Geltendmachung der Forderungen verlegt.

Der Ausstand der Lederarbeiter in Schleswig dauert fort. Ausständig sind noch 130 Mann, davon 93 Familienväter mit 214 Kindern. Die Beteiligten sind zum überaus größten Theil organisiert und erhalten somit ihre regelmäßige Unterstützung. Bis jetzt sind Abtrünnige nicht zu verzeichnen und wird gebeten, den Zugzug nach dort auch fernherhin zu meiden.

Der Zimmererstreik in Kammstätt ist beendet. Die Kammstatter Zimmerer verpflichteten sich zur Aufrechterhaltung der Zugeständnisse, die sie unterm 2. Mai ihren Arbeitern gemacht hatten und erkannten im übrigen die in Stuttgart getroffenen Abmachungen an. Darauf erklärten sich auch die Kammstatter Zimmerleute zur Beilegung des Streiks bereit. Die Vereinbarungen wurden von den Stuttgarter wie Kammstatter Meistern unter schriftlich anerkannt und ist die Wiederaufnahme der Arbeit allgemein erfolgt.

Kommunales.

Stadtoberordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Der in voriger Sitzung zum ersten Bürgermeister auf 19 Jahre mit einem Gehalt von 30 000 M. jährlich gewählte bisherige Bürgermeister Martin Kirchner hat dem Vorsteher die Annahme der Wahl erklärt.

Das Mitglied Professor Leo ist heute früh in der Schweiz im Alter von 78 Jahren verstorben. Der Vorsteher widmet ihm ehrende Worte der Anerkennung seines Wirkens als Mitglied der Stadtvertretung, der er seit 1884 angehörte.

Nach den Ausschussvorschlügen genehmigt die Versammlung den Verkauf der Baustelle von dem städtischen Grundstück an der Ecke der Thurm- und Ottostraße (1035 Quadratmeter à 100 M.), die Erwerbung des von dem Grundstück Gröner Weg 2 zur Ziff-Landstraße erforderlichen Landes von 186 Quadratmeter (es sollen aber statt 250 nur 200 M. für den Quadratmeter gezahlt werden) und den Verkauf des an der Camphausenerstr. 6-10 belegenen städtischen Grundstücks (3542 Quadratmeter à 120 M.).

Auf Antrag des Petitionsausschusses sollen dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen werden die Petitionen betr. die Kapalkleitung der Königin Augustastrasse (statt der Ampfasterung mit Steinen) und betr. die Widmung eines Platzes im Schlesischen Busch zur Aufstellung einer Trinkhalle.

Die ersgenannte Petition wird auf Antrag Dinse nach kurzer Debatte dem Magistrat nur zur Erwägung überwiesen; bezüglich der anderen tritt die Versammlung dem Ausschussantrag bei.

Die Vorlage wegen Aenderung des Bebauungsplanes in der Umgebung der auf dem Terrain des Grafen Oppersdorff an der Seestraße geplanten Kapernaum-Kirche wird verlegt.

Die neuen Vorschriften über die ärztliche Ueberwachung der von der Waisenverwaltung in Kostpflege gegebenen Säuglinge sind vom Ausschuss mit der Maßgabe angenommen worden, daß

1. solange ein Arzt Mitglied der Waisenverwaltung ist, demselben die Aufsicht über diese Einrichtung als Dezernenten übertragen wird,
 2. die Kinderpflegerinnen den im Ehrenamt wirkenden Mitgliedern der Waisenträte namhaft gemacht werden, denselben subordinirt sind und die Berichte über die Säuglinge neben den Ärzten auch diesen Damen zugehen lassen,
 3. nach Ablauf eines Jahres über die gemachten Erfahrungen der Versammlung ein Bericht mit den notwendigen statistischen Angaben zugeht.
- Stadtv. G. Schride will den Punkt 1 streichen; so lange ein Arzt in der Waisenverwaltung sitze, werde er natürlich der geborene Dezernent für diese Einrichtung sein, im übrigen solle man dem Magistrat keine Berechtigung nicht beschranken.
- Stadtrath Kämpf ersucht um Annahme dieses Antrags, da sonst leicht aus der vom Ausschuss gestellten Bedingung sub 1 ein Zwist zwischen den beiden Aderperschaften entstehen könne. Nach der

Stadteordnung habe der Bürgermeister die Dezernate zu vertheilen, nicht die Versammlung.

Vorsteher Langerhans hält dafür, daß es sich hier lediglich um eine mißverständliche Anwendung des Wortes „Dezernent“ handle.

Unter Ablehnung des Antrages Schride gelangen die Ausschussanträge zur Annahme.

Die Vorlage wegen Gewährung eines Beitrages von 13 000 M. zu den Kosten der infolge der Kampenschnittung in der Viktoriastraße notwendig gewordenen baulichen Veränderungen am Zeltower Kreishause Viktoriastraße 18 ist von dem Ausschuss nicht zu Ende beraten worden, da es dazu an Zeit gefehlt hat. Auf Antrag Kalisch wird der Gegenstand ebenfalls verlegt.

Zu Reise-Unterstützungen von je 50 M. für je drei Turnlehrer bzw. Turnwarte und Lehrer befehlt Theilnahme am IX. Allgemeinen deutschen Turnfest in Hamburg werden 800 M. bewilligt.

Die Anfrage der Stadtv. Schwalbe und Gen. nach dem zeitigen Stande der Uraniasäulen-Angelegenheit ist heute vom Magistrat beantwortet worden.

Stadtv. Schwalbe weist in der Begründung auf die lange Vorgeschichte dieser leibigen Angelegenheit hin, die seit vielen Jahren hin und her gerrirt sei und sich fortsetzen zu einem öffentlichen Skandal ausgewachsen habe. Ueberall im Publikum spötte man über den gegenwärtigen Zustand der Uraniasäulen. Das Bedürfnis der Aufstellung öffentlicher Uhren sei unbestreitbar; unglücklicherweise habe man diese Frage mit der auch Kellamezwecken dienlichen Uraniasäulen verquitt. Nach dem Kontrakte der betreffenden Gesellschaft sei zwar das plötzliche Aufhören der Zeitangabe der Uhren verhindert worden, ein weiteres sei aber nicht geschehen. Die Versammlung möge aufs neue den Magistrat ersuchen, in Gemäßheit des Beschlusses vom 21. Mai 1896 ihr gleich nach den Ferien eine Vorlage über Einrichtung öffentlicher Uhren zugehen zu lassen, welche zugleich das Verhältnis der Stadt zu den Uraniasäulen regelt.

Vorsteher Langerhans macht darauf aufmerksam, daß an eine Anfrage geschäftsordnungsmäßig ein Antrag nicht geknüpft werden darf.

Stadtrath Voigt: Allerdings sei durch diese Verquittung die ganze Sache in eine schwierige Lage gekommen. Gerade dadurch sei auch der Magistrat gehindert, in seinen Entscheidungen zur Sache vorwärts zu kommen. Es sei bereits beschlossen gewesen, die Beziehungen mit dem gegenwärtigen Pächter der Säulen gänzlich zu lösen und die Stadt selbständig vorgehen zu lassen. Nach diesem Beschlusse des Magistrats seien indes neue Unterhandlungen eingeleitet, und es sei jetzt Aussicht, daß die Sache zu einem befriedigenden Ausgange gelange. Nach den Ferien werde der Versammlung bestimmt eine Vorlage zugehen.

Zu der Besprechung der Anfrage erklärt Stadtv. Kreitzing, daß das bisherige Schiedentempo in der Angelegenheit ihn und seine näheren Freunde mit großem Bedauern erfüllte, er fordere den Magistrat nochmals dringend auf, die Angelegenheit etwas lebhafter fördern zu wollen.

Stadtv. Schwalbe kündigt für die erste Sitzung nach den Ferien einen besonderen Antrag an. Jetzt besitze ein ganz vertragsloser Zustand, da die Kontrakte mit dem Pächter seit dem 1. April abgelaufen seien.

Stadtrath Voigt bestreitet letzteres; der Pächter habe sich bereit erklärt, für das Aufsehen der Uhren weiter zu sorgen.

Damit ist die Angelegenheit für jetzt wieder einmal erledigt.

Durch das Gesetz vom 7. März 1898 und das Reichsgesetz vom 20. Februar 1898 ist bekanntlich die Verpflichtung der Staats- und Reichsbeamten zur Kautionsleistung aufgehoben. Der Magistrat hat sich jetzt den Gründen, welche den Staat zur Aufnahme der Kautionsverpflichtung bewegen haben, angeschloßen und die Stadteordneten-Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß: 1. die Bestimmungen über die Kautionen der Bediensteten der Stadt Berlin vom 30. November 1896 aufgehoben und im Bereiche der gesamten städtischen Verwaltung vom 1. April 1899 ab von den Bediensteten der Gemeinde keine Kautionsbestimmungen mehr verlangt werden; 2. neue Kautionen von den betreffenden Gemeindebediensteten auch bis zum 1. April 1899 nicht weiter gestellt werden und 3. die Nachzahlungen der gestellten Dienstkautionen vom 1. April 1899 ab unter der Voraussetzung der bisherigen Nachzahlungs-Bedingungen stattfinden.

Die Bewilligung von 6000 M. Jahresbeitrag für 1898/99 an die Berliner Rettungsgesellschaft wird jetzt vom Magistrat beantragt und u. a. damit begründet, daß andererseits 5 Sanitätswachen, welche in unmittelbarer Nähe von Krankenhäusern gelegen sind, vom 1. April 1899 ab nicht mehr aus städtischen Mitteln unterstügt werden sollen. Auf die von den Berufsgenossenschaften ins Leben gerufenen Unfallstationen habe der Magistrat überhaupt keine Rücksicht genommen, weil dieselben von der Stadt ganz unabhängig sind und ihren Betrieb jederzeit einstellen können.

Stadtv. Hammerstein begründet den Antrag, die Vorlage einem Ausschusse von 15 Mitgliedern zu überweisen. Seine Freunde ständen der Vorlage namentlich wegen ihrer einseitigen Begründung nicht sympathisch gegenüber.

Vom Stadtv. Hugo Sachs liegt der Antrag vor, die 6000 M. zu bewilligen, aber für die Erörterung der Verhältnisse der Sanitätswachen und des Berliner Rettungswesens überhaupt einen Ausschuss von 15 Mitgliedern einzusetzen.

Stadtrath Straßmann bittet, die beantragte Ausschussberatung abzulehnen, da dadurch die Bewilligung um fast drei Monate verzögert werde, ohne daß man sich von nochmaliger Ausschussberatung irgend einen Vortheil versprechen könne. (Zustimmung.) Die ganze Frage sei bereits aufs gründlichste geprüft worden.

Stadtv. Mag. Schulz ist zwar auch durchaus für die Subventionierung der Rettungsgesellschaft, will aber doch den Ausschuss, um eine größere Planmäßigkeit der kommunalen Unterstützung dieses Zweiges der öffentlichen gemeinnützigen Verrichtung anzubahnen; es möchte sonst nach der Bewilligung der 6000 M. diese ganze große Frage überhaupt auf den St. Rimmerleinstag verlegt werden. Jedenfalls sei die Meinung, daß die Sanitätswachen und namentlich die Unfallstationen keine Garantie der Beständigkeit bieten, nicht richtig. Von den auf den Unfallstationen behandelten Fällen kämen zwei Drittel der Allgemeinheit zu gute, und etwas Vortheilhaftes für die Allgemeinheit solle ja doch geschaffen werden.

Stadtv. Brandeirektor Goldschmidt tritt ebenfalls für Ausschussberatung ein. Der Ausschuss könne vielleicht die Mittel und Wege finden, beide Gesellschaften, die Unfallstationen und die Rettungsgesellschaft, zu vereintigen. Der Streit zwischen beiden sei ebenso unerquicklich wie unbegründet. Beide Gesellschaften verfolgten dieselben Ziele, sie sollten sich also nicht befehden. Warum seien es gerade die Ärzte, die sich gegen die Unfallstationen wenden? In einer Berliner Ärzte-Korrespondenz heiße es, die Unfallstationen vertrieben die ganze Grundlage der ärztlichen Thätigkeit in Berlin, auch für die Krankenhäuser, die Wäter der Stadt mühten die größten Ekel sein, wenn sie für die Unfallstationen Geld bewilligen wollten. (Unruhe; Ruf: Gehört nicht hierher.) Die Unfallstationen seien keine kapitalistische Einrichtung, wie Herr Singer sie genannt habe. Ein verletzter Arbeiter, dem durch die Unfallstation schnelle Hilfe werde, habe doch nur Vortheil von dieser Einrichtung.

Stadtv. Singer: Der Vorredner hat der von ihm vertretenen Sache mit seiner Begründung keinen guten Dienst geleistet, denn die Versammlung kann nicht das Forum zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen beiden Gesellschaften sein. Nur provokirt komme ich auf diese Frage zurück. Die Unfallstationen sind wesentlich begründet aus kapitalistischem Interesse und im Interesse der Berufsgenossenschaften; Herrn Goldschmidt als einem der

Meistinteressirten sieht es am allerwenigsten an, hier den Unfallstationen ein solches Loblied zu singen. Bisher waren wir solches nicht gewohnt. (Sehr richtig!) Im übrigen möchte ich behaupten, wir könnten nichts Unlängeres thun, als heute uns in eine Diskussion über diese beiden Gesellschaften einzulassen, zu deren Beurtheilung uns jedes Material fehlt. Wir müssen lebhaft bedauern, daß eine so außerordentlich wichtige Frage so lange Zeit braucht, um überhaupt vorwärts zu kommen. Eigentlich wäre es Sache der Stadt, die Einrichtung zu schaffen, welche die Rettungsgesellschaft geschaffen hat. Ich rede dabei von der Centrale, welche musterhaft ist und außerordentlich segensreich wirken wird im Interesse der Gesundheit unserer Mitbewohner; und für diese Einrichtung wird ja eigentlich der verlangte Betrag bewilligt. Der Magistrat hätte noch etwas tiefer in den Geldbeutel greifen und der Gesellschaft danken sollen, daß sie die Sache soweit geführt hat. Der Antrag Hammerstein bedeutet nur, daß einem jungen Unternehmen dieser Art die Lebensader unterbunden wird. Ein solches Institut auf Privatmittel anzuweisen, ist der Stadt unwürdig. (Widerspruch und Zustimmung.) Wollen Sie die Frage der Regelung der Sanitätswachen später in einem Ausschuss behandeln, so ist dagegen nichts einzuwenden, der betreffende Antrag Sachs ist also ungefährlich. Den Streit der beiden Gesellschaften auszusuchen, dazu ist die Versammlung nicht der Ort. Hier handelt es sich um eine Einrichtung zum Nutzen der Bürgerschaft, die muß unterstützt werden, um lebensfähig zu sein, und das geschieht, wenn Sie die 6000 M. bewilligen. (Großer Beifall.)

Stadtv. Dr. Ruge bittet auch um sofortige Bewilligung der 6000 M. und rühmt das ausgezeichnete Organisationstalent des Professors Bergmann, der in kurzer Zeit die Sache außerordentlich gefördert habe.

Die Debatte wird geschlossen. Stadtv. Goldschmidt verweigert sich dagegen, daß er ein persönliches Interesse an den Unfallstationen habe.

Stadtv. Singer erklärt, ihm ein direktes persönliches Interesse in diesem Sinne keineswegs zum persönlichen Vorwurf gemacht zu haben.

Der Antrag Hammerstein wird abgelehnt, die Summe von 6000 M. bewilligt und darauf der zweite Theil des Antrages Sachs mit großer Mehrheit angenommen.

Der Magistrat ersucht die Versammlung um Genehmigung der Annahme des von dem verstorbenen praktischen Arzte Dr. med. Firsit ihm zugewendeten Kapitals von 10 000 M. Von dieser Summe sollen nach festwilliger Bestimmung 5000 M. für das Asyl für Obdachlose in der Frobelsstraße (städtisches Obdach) und 5000 M. für Schulkinder der hiesigen städtischen Gemeindegemeinschaften bei ihren von Schulwegen zu veranlassenden Klassen-Spaziergängen verwendet werden. Die Genehmigung wird erteilt.

Schluss 7 Uhr.

Kohales.

Berlin steht gegenwärtig unter dem Zeichen der Fabrik-Landpartien. Allwohentlich mehrmals — fast könnte man sagen täglich — wird den lieben Berlinern das erhebende Schauspiel einer solchen Partie gegeben. Unter Mitführung einer Musikbande und des Fabrikbanners werden sich eine mehr oder minder große Zahl festlich geschmückter Arbeiter, vollgeprospt mit gepuhnten Männern, Frauen und Kindern, durch das Straßengeviß der Hauptstadt. Mit klingendem Spiel und wehenden Banner nimmt ein solcher öffentlicher Aufzug seinen Weg durch die frequentirtesten Straßen. Der längste Weg ist hier der beste; gilt es doch, möglichst Aufsehen zu erregen und sich dem Volke zu zeigen. Und dieser Zweck wird natürlich auch erreicht. Ah, heißt es, die Fabrik von so und so macht Landpartie! Wie werden die glücklichen Arbeiter beneidet, wie wird der brave Fabrikant hochgeschätzt, der in so liebevoller Weise für seine Arbeitssklaven sorgt, wie wird das schöne Verhältnis zwischen Fabrikherrn und Arbeitererschaft, das hier in so harmonischer Weise glänzend zu tage tritt, gebührend! Der Name des fürsorglichen Fabrikanten ist in aller Munde, wird wohl sogar in den Reihungen genannt. — Der Zweck des öffentlichen Aufzuges wird vollständig erreicht. Auch im übrigen verläuft die Fabrik-Landpartie durchaus programmäßig in offizieller Fröhlichkeit! Welch' Schauspiel! Aber, ach, ein Schauspiel nur! Wie anders wohl? Wie mancher über eine Fabrik-Landpartie urtheilt, wenn er wüßte, wie eine solche oftmals zu stande kommt, wie unter der glänzenden Aulenseite sich oft ein wurmstichiger Kern, unter der zur Schau getragenen Fröhlichkeit sich oft verbaltene Unzufriedenheit verbirgt. Kostet doch in allen Fällen diese Veranstaltung den Schwitz und das Geld der Arbeiter, sei es in Form der Strafgebühren, die zu einer solchen Landpartie verwendet werden, sei es in Form von zu diesem Zwecke veranstalteten Sammlungen, sei es in Gestalt eines Kräftes in seinen Krähem, eines Aufschusses seitens des Fabrikanten; haben doch derartige Fabrik-Landpartien ausnahmslos zum Zielzwecke Lokale, welche von der organisirten Arbeitererschaft gemietet werden, und zwar aus triftigen Gründen; ist doch nicht jeder ein Freund einer solchen offiziellen Anstalt, wo man, will man nicht Anstoß erregen, lustig und fröhlich wenigstens scheinen und wenigstens scheinbar in die allgemeine Begeisterung mit einstimmen muß. Wie mancher bliebe lieber zu Hause, wenn auch nur aus dem Grunde, weil seine Verhältnisse nicht derartige sind, daß sie ihm eine Theilnahme an einer solchen Schaustellung erlauben; aber, ausschließen kann man sich nicht gut, da heißt es denn mitmachen und zu alledem noch persönliche pekuniäre Opfer bringen, um mit seiner Familie hinter anderen nicht zurückzufallen. Kein Wunder, daß sich unter dem Pflitterglanze einer solchen Fabrik-Landpartie Murren, Sorge und Unzufriedenheit in hohem Maße verbergen, die allerdings von der bewundernd gaffenden und die glücklichen Arbeiter beneidenden Menge nicht gesehen werden. Solche Fabrik-Landpartien sind, von einigen rühmenswerthen Ausnahmen abgesehen, nichts weiter als keine billige Klamme für die Fabrikanten, und meistens haben diese allein berechnigte Ursache, sich durch derartige Veranstaltungen befriedigt zu fühlen.

Die Geschäftspraxis gewisser Abzahlungsgeschäfte wird durch folgenden Fall illustriert. Von der Firma J. Werthmann, Franzstr. 6, erhielt die Wittve Martha W. in der Prinzenstraße eine auf Pauline W. lautende Aufforderung, umgehend eine noch residirende Forderung von 22 M. 8 Pf. für einen auf Abzahlung gekauften Regulator zu begleichen. Frau W. hatte alle Ursache, ob dieser Aufforderung erschrocken zu sein, da es ihr nie eingefallen war, bei der Firma eine Uhr zu kaufen. Sie erhob ihre Einwendungen und erhielt darauf eine Vorladung zu einem Gerichtstermin, der auf den 17. Juni festgesetzt war. Frau W. erschien auch vor Gericht, hatte aber das Unglück, den Aufruf der Sache zu überhören und wurde daher in ihrer Abwesenheit zur Zahlung verurtheilt. Wemert sei, daß die Firma inzwischen den falsch geschriebenen Vornamen eigenmächtig hatte umändern lassen. Die Frau mußte, als sie endlos lange auf dem Gerichtskorridor gewartet und dann den Bescheid erhalten hatte, daß ihre Sache längst abgethan sei, nach Hause zurückkehren. Sie ging nunmehr nochmals zu der Firma, wo ihr der Bescheid zu theil wurde, daß am Nachmittag Jemand in die Wohnung kommen werde. Dieser Jemand kam auch; es war der Gerichtsvollzieher, der trotz allem Protesten stramm seines Amtes walte und ein Kleiderklopp verriegelte. Nunmehr wandte sich die rechtsunkundige Frau an den Anwalt des hiesigen Bezirkes, der sich mit lobenswerthem Eifer des Standeslofen Halles annahm. Er ging gemeinsam mit Frau W. zum Abzahlungsgeschäft und bat um Vorlegung des Leibvertrages oder der Geschäftsbücher, um so am ehesten das Mißverständniß aufzuklären. Die Angestellten der Firma Werthmann wiesen dem

gang 1851 von 2705 Stimmen; er war somit fast ohne Stichwahl gewählt und erhielt die höchste Stimmenzahl sämtlicher Kandidaten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß bei den allgemeinen Wahlen zur zweiten Kammer vorigen Jahres der Sozialdemokrat in Groningen-Stadt nur 214 Stimmen erhielt bei ungefähr gleicher Wählerzahl, so erhellt daraus, welchen großen Aufschwung die Arbeiterbewegung hier nahm.

Der zweite Kreis, in welchem Schaper gewählt ist, ist Hoogezaand. Im weiteren Lande hatte unsere Partei nur vereinzelt sie und da Kandidaten für die Provinzialstaaten aufgestellt, so in Eschede und Jwelle. Es gelang uns da nicht, in die Stichwahl zu kommen. Die militärische Expedition gegen die Atjens in den Küstenstaaten Fedir und Sigling auf der Insel Sumatra ist vorläufig wieder beendet worden, ohne ihr Ziel erreicht zu haben. Wohl ist das ganze Gebiet nach allen Richtungen durchstreift worden, aber die Führer Lulu Umar und Panglima Kolim mit ihren Truppen haben sich weiter zurückgezogen und konnten nicht gestellt werden. Für eine sehr kostspielige militärische Besetzung der ausgedehnten Gegend reichen unsere finanziellen Kräfte nicht aus. Es war also nichts Anderes zu thun, als wieder nach Hause zu ziehen. Voraussichtlich werden Umar und Kolim jetzt bald wieder in aller Ruhe zurückkommen und das ganze Gebiet von neuem besetzen, bis eine zweite Expedition ausgesandt wird. So kann das Spiel ewig fortbauern.

England.

London, 30. Juni. Lord Salisbury, der gestern den Vorsitz führte bei dem Essen des United-Clubs in der St. James-Hall, kam auch auf den spanisch-amerikanischen Krieg zu sprechen und sagte, England sei verbunden, sich jeglichen Ausdrucks irgend einer Vorzugung zu enthalten. Man könne nur wünschen, das Blutvergießen werde bald aufhören und der Frieden in der Welt wiederhergestellt werden. Abgesehen von dem Kriege, sei der politische Horizont der Welt ziemlich heiter. England habe eben einen Vertrag abgeschlossen, welcher die Ausgangspunkte eines Konfliktes beseitige, mit seinem größten und zivilisierteren Nachbar, mit dem in Frieden zu leben Englands ständiger Wunsch sei. Wäre es nicht gelungen, zu diesem Abkommen zu gelangen, so wäre dies bedauerlich gewesen für Englands Kulturaufgaben. In bezug auf China sagte Salisbury, er glaube nicht, daß die geringste Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Aktion zwischen England und dem Kaiser von China vorhanden sei. England könne auf die innere Regierung und die Militärverwaltung Chinas unmöglich denselben Einfluß haben, den dasselbe in Indien und Ägypten besitze. In bezug auf den Eisenbahnbau in China war Salisbury der Ansicht, England habe ebenso große Vorteile als jedes andere Land erhalten. Seine Politik sei darauf ausgegangen, China zu erhalten und seinem Untergang vorzubeugen, dasselbe auf die Bahnen der Reformen zu leiten und ihm jede Hilfe zu gewähren, die in Englands Kräften liege, um Chinas Wirtschaftlichkeit zu vervollkommen und die Wohlfahrt seines Handels zu fördern.

Italien.

Rom, 29. Juni. Die „Opinione“ erklärt in ihrem heutigen Leitartikel, daß die Rudini das Cabinet Pelloux unterstützen werde.

Rußland.

Petersburg, 29. Juni. Die Moskauer-Windau-Nybinol-Eisenbahn-Gesellschaft erhielt die kaiserliche Erlaubnis zum Bau einer Eisenbahn von Petersburg über Witebsk nach dem Süden von Rußland.

Türkei.

Konstantinopel, 29. Juni. Ein kaiserliches Decree ordnet an, daß von dem Betrage der griechischen Kriegsschadigung 10000 Pfund zur Unterstützung kretensischer Muselmanen verwendet werden sollen. — Die Vertreter Englands, Italiens, Frankreichs und Englands hatten gestern eine Zusammenkunft, um die kretensische Frage zu besprechen.

Konstantinopel, 29. Juni. Die französische Regierung richtete an die Porte eine Note des Inhalts, daß die französische Regierung auf die letzte Note der an die Türkei zu zahlenden griechischen Kriegsschadigung Bescheid legen werde, wenn die Regelung der Reklamationen in betreff der Schadloshaltung der französischen Staatsangehörigen für ihre Verluste während der armenischen Verfolgungen in Konstantinopel und in Kleinasien nicht bis zum 10. Juli, dem Tage der Bezahlung der letzten Kriegsschadigungs-Note, erfolgt sein werde. Die italienische Regierung überreichte der Porte ebenfalls eine Verbalnote, in welcher sie die Regelung ihrer Reklamationen verlangt. Frankreich erhebt Ansprüche im Betrage von 1 500 000 Fr., Italien solche, in der Höhe von 400 000 Fr.

Konstantinopel, 30. Juni. Es verläutelt, von der Militärkommission im Bildiz-Kloster werde ein Entwurf zur Bildung eines ausschließlich albanesischen Armeekorps erwogen.

Asien.

Vom Eisenbahnbau in China. Wie die „Times“ aus Shanghai vom 29. Juni melden, soll Cheng am letzten Montag den revidierten belgischen Kontrakt, betreffend die Luhan-Eisenbahn, unterzeichnet haben.

Afrika.

Aus dem Kongostaate. Nach in Brüssel eingetroffenen Meldungen hat Lieutenant Charquois Ende April die meisten der Soldaten am Kongo vollständig geschlagen und ihnen sehr bedeutende Verluste beigebracht.

Wahlbetreibungen.

Kreitzing ist im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise nicht gewählt.

troydem er vom Wahlkommissar als Abgeordneter proklamiert worden ist. Diese unangenehme Tatsache sucht Eugen Richter, der so mit acht freisinnigen Wamenschre nach der Abmachung mit den Konservativen das schamlose Flugblatt gegen Richter zusammengelassen hat, durch Schimpfen auf den „Vorwärts“ und der Welt zu schämen. Er schreibt, es sei für die Entscheidung des Reichstages völlig gleichgültig, ob und was der Wahlkommissar und die Kommissions-Mitglieder über die einzelnen Stimmen geurteilt haben. Was sein; aber durchaus nicht gleichgültig für das Mandat des Herrn Kreitzing ist die Eugen Richter so unbecommene Thatsache, daß die Auffassung des Wahlkommissars über die von den freisinnigen Wahlkommissaren zu Hause für ungültig erklärten Stimmzettel mit der Jahrzehntelangen Praxis der Wahlprüfungs-Kommissionen und des Reichstages sich völlig deckt. Diese Thatsache kann Eugen trotz seiner historischen Völlständigkeit gegenüber unbecommeneren Wählerkreisen nicht hinwegwischen.

Wir begreifen freilich den Schmerz Eugens: wenn das mit politisch so unheimlichen Mitteln erhaltene Mandat Kreitzing's gleich beim Zusammentritt der Wahlprüfungs-Kommissionen kurzgeschafft läßt und Herr Kreitzing, noch ehe er auf dem Reichstagsstempel warm geworden ist, wieder zum Wahlkreisgebäude hinauskomplimentiert wird, weil er keine Augenlider des moralischen Redt — man kann höchstens vom formalen Rechte sprechen — zur Ausübung des Mandats hatte. Es ist das für die freisinnige Partei nicht nur eine politische Niederlage, sondern auch eine unheilbare Wamage! Denn so tief wie in Berlin, ist der Freisinn im ganzen Reiche nicht und noch zu keiner Zeit gesunken!

Herr Eugen Richter mag leugnen und sich wenden, wie er will — in der Wohnung des freisinnigen Wahlleiters, Bezirksvorstehers Albert Heimann, Viktoriastraße 10, ist am Donnerstag, den 28. Juni der Freisinn an die Herren Rappo und Stodmann gleichsam ausverkauft worden! Natürlich nicht mit Siegel und Unterschrift, aber thatsächlich! Und am Tage nach der Wahl bestätigte Herr Heimann ausdrücklich die lokale Einigkeit der Abmachung. Und Herr Kreitzing sprach in der freisinnigen Versammlung offen — und später in der Vorlesung beim Verbrüderungs-Schul privatim — Herrn Stodmann den Dank aus. So groß ist

selbst in freisinnigen Kreisen der Glaube an die politische Grundlosigkeit ihrer Kartellträger bei diesem freisinnig-konservativen Wahlschacher, daß sogar sie da und dort davon sprechen, das Geld für das Engische und die zwei „konservativen“ Flugblätter, die alle zusammen in einer Druderei hergestellt worden sind, sei von den Konservativen geliefert worden. Und die Konservativen hätten das Geld von ungefähr derselben Stelle, von welcher an sie der „Befehl“ ergangen sei, unter allen Umständen die Wahl des Sozialdemokraten zu verhindern, auch wenn keine Gegenstände von den Freisinnigen erreicht werden könnten. Aber, ach, die mandats-hungrigen Freisinnigen konnten den Konservativen Köder kaum erwarten, sie schnappten so leicht zu — und die Konservativen hatten ihre Beute in der Mark Brandenburg in der Tasche und der Freisinn in Berlin — seine politische Ehre verloren!

So gering wir nun auch bei diesem Anlaß vom Berliner Freisinn denken, das halten wir doch für ausgeschlossen, daß er zum Kampfe für seine Mandate „konservative“ Gelder genommen hat, deren Herkunft zu sehr an die — Reptilienrippe und die sogenannten Geheimfonds erinnern! So arm ist in solchen Fällen auch der Richter'sche Freisinn noch nicht.

Damit aber Eugen Richter über die Stichwahl Kreitzing's sich beruhigt, mag er lesen, was sein eigenes Parteiorgan, die „Berliner Zeitung“, gestern darüber schrieb:

Bei der gestrigen amtlichen Feststellung der Wahlergebnisse ist die Gültigkeit der Wahl Kreitzing's leider sehr zweifelhaft geworden. Der Wahlvorstand unter Vorsitz des Stadtraths Selberg hat sich zwar, seinen Befugnissen entsprechend, an die von den Wahlvorständen ergangenen Ungültigkeitserklärungen halten müssen, hat aber zu Protokoll gegeben, daß er zwölf für ungültig erklärte Stimmzettel, die auf den Namen Fischer lauten, für gültig halte. Danach würde sich das Stimmenverhältnis wie folgt stellen: Kreitzing 28 602, Fischer 28 559, also nur eine Stimme über die absolute Mehrheit für Kreitzing. Nun ist aber ferner festgestellt, daß vier Winderjährige und eine Person, die Armenunterstützung bezogen hat, gewählt haben. Diese Stimmen waren ungültig, und darnach — vorausgesetzt, daß die 12 Fischer-Zettel wirklich gültig waren — die ganze Wahl ungültig, da die Möglichkeit vorliegt, daß jene fünf ungültigen Stimmen für Kreitzing abgegeben sind.

Wir können übrigens gleich bei der Gelegenheit verraten, daß noch eine ganze Reihe weiterer Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Wähler, die noch nicht 25 Jahre alt sind, haben abgestimmt; für einen Wähler, der schon vor dem Wahltage gestorben ist, wurde ein Zettel abgegeben, ebenso für eine Anzahl Wähler, die am Wahltage zum Militärdienst einberufen waren — kurz: dem konservativ-freisinnigen Wählerstand wird ein schrecklicher Schaden folgen, dessen Opfer Herr Kreitzing sein wird. Und für Herrn Kreitzing waren doch schon mittags um 12 Uhr alle pensionierten Polizei- und sonstigen Beamten, alle Schulleute und sogar alle Lakaien des Prinz-Albrecht-Palais (die am 10. Juni nicht abgestimmt hatten) stramm angetreten; so wörtlich hatten sie den „Befehl“ genommen, daß in einem Wahllokal sie mit offenen Kreitzing'schen Stimmzetteln einmarschieren kamen und der Vorsitzende sie erst zum Zusammenfallen auffordern mußte.

Armer Eugen! Und trotzdem Kreitzing nicht gewählt! Und trotzdem wird Kreitzing's Wahl für ungültig erklärt werden! Also frisch dran, ein neues Schelmen-Flugblatt verfaßt — es wird Zeit!

Ueber die nationalliberale Partei im Reichstage

Schreibt die „Presse“ vom 29. Juni in einer Blaubei über den Sitzungssaal des Reichstags in der kommenden Legislaturperiode:

„Mit Befremden weist das Auge auf dem dritten Bänker, der Niederlassung der Nationalliberalen. Von den „notablen Politikern“, die bisher hier zu sehen waren, fehlen fast alle. Auf der ersten Bank sitzen nicht mehr die Herren von Bennigsen und Hamacher, der baumlange Herr Emmeerus ist nicht mehr da, Herr Osann mit dem Missionarsgesicht, der, als die Handelsverträge zur Debatte standen, in die Wüste ging und mit sich rang, ist nicht mehr zu sehen, Herr Büchlin mit dem schon geschüttelten Kopfe fehlt, Herr Zehden, der Nieder mit dem englischen Typus, ist verschwunden, Herr Friedberg mit dem rötlichen Kollbart ist nicht wiedergekehrt, Herr Paasche mit dem runden Antlitz und der glatten, unerschöpflich sprudelnden Rede zählt zu den auf dem Schlachtfelde Gebliebenen, fürstlich sind hier die Reihen der Alten gelichtet. Von den Neuen zieht der aus dem Abgeordnetenhaus her wohlbelannte Herr Sautler die Aufmerksamkeit auf sich, dann ist Herr Köller mit der schnarrenden Stimme wieder da und mit Reugier sieht man dem nach langer Enthaltenszeit erfolgenden Wiederauftreten des Herrn von Fischer, des Oberbürgermeisters von Augsburg, entgegen.“

Aus Oberschlesien.

Die Makregelungspraxis erscheint in immer unangenehmerer Beleuchtung. Die gemeine Nachsucht der Unternehmer geht so weit, daß sie in den Makregelungsmitteilungen an die Mitglieder des Schwärze-Risten-Verbandes als Grund der Entlassungen resp. Makregelungen „Widerständigkeit“ angeben. Sie scheuen also nicht einmal vor gemeinen Lügen zurück. Oder ist das Eintreten eines Arbeiters für einen sozialdemokratischen Kandidaten Widerständigkeit? Selbst nach oberflächlichen Begriffs ist sie das nicht. Haben sich Beamte erdreistet, zu „befehlen“, daß ultramontan gewählt wird, so haben sie das Befehl übertreten und sind eigentlich dem Staatsanwalt verfallen. Wie jetzt bekannt wird, weiß man in Berlin an zuständiger Stelle sehr wohl, welcher grobe Unfug hier geschieht; aber man billigt ihn anscheinend. Ein hiesiger Gattendirektor hat sich nämlich erst dort erkundigt, was man zu den von ihm beabsichtigten Makregelungen sagen würde; er hat sich also erst schärf machen lassen, denn gerade nach seiner Rückkehr aus Berlin begann er die Makregelungen in großem Eile. Besonders erbitternd wirkt auf die Entlassenen der Verlust der jahrelang gezahlten Beiträge in die Pensionskassen der verschiedenen Werke. Hunderte von Part gehen einzelnen, viele Tausende allen zusammen verloren. Viele Prozesse werden entzünden, da die Statutenbestimmungen der Pensionskassen in betreff der Rückzahlung der Beiträge vielfach unklar sind.

Schnelle Erledigung.

Wie feinerzeit im „Vorwärts“ mitgeteilt, war wegen einiger Vorkommnisse bei der Agitation im Wahlkreise Schweidnitz-Striegau Beschwerde beim Ministerium des Innern erhoben worden. Das war am 9. Mai. Am Wahltage erhielt der Beschwerdeführer von der Regierung in Breslau die Nachricht, daß die Beschwerde unbegründet sei.

In dem Wahlkreise Reichenbach-Neurode

wurden 1893 in der Hauptwahl 8065 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, am 10. Juni d. J. 6047. Centrum und Konservative hatten 1893 zusammen in der Hauptwahl 8096 Stimmen, diesmal, wo sie von vornherein zusammengingen, 10 824. Für Birchow wurden 1893 noch 784 Stimmen, diesmal nur 84 abgegeben. Die Einzelzahlen der diesmaligen Wahl beweisen, daß einige der Freisinnigen für den schwarzblauen Wählerwahl abgegeben wurden. Der Reichenbacher Kreis brachte und diesmal 1019 Stimmen mehr als 1893, davon in Langenbielau allein diesmal 491 mehr, dagegen hat sich aber der Neuroder Kreis verschlechtert, indem er von 3134 auf 2497 Stimmen zurückging. Die vereinigten Junker und Pfaffen haben aber in dieser ihrer Domäne auch geradezu Inerhötes in Wahlbeeinflussungen geleistet. In den rüchändigsten Bezirken dieser Kreise gab es Orte, wo auch nicht ein Wähler bei der Stimmabgabe gefehlt hat, alle wurden mittels der schwarzen Fuchtel herangepöbeln. Die schwarzblauen Herren wissen am besten, mit welchen Mitteln sie die Mehrheit gemacht haben; uns darüber näher auszulassen, ist hier nicht der Ort, das wird im Wahlprotokoll geschehen, für den recht triftige Gründe vorliegen. So schwer dieser Wahlkreis zu bearbeiten ist, so sind doch alle Genossen fest entschlossen, den Kampf noch zäher und intensiver wie bisher fortzusetzen. Wie grundlos die

Lügen gegen unseren Kandidaten Rahn waren, beweist wohl am besten, daß in seinem Wohnort Langenbielau unsere Stimmenzahl um rund 500 stieg. Nur in den jedem Versteher entzerrten Dörfern des Neuroder Kreises fanden die Lügenapostel diesmal noch Gläubige.

Der „freiwillige“ Austritt des Herrn Fint aus dem Verein Berliner Presse.

Zur Ergänzung unseres gestrigen Probeberichts in der Klagesache Fint contra Bebel geben wir auf grund der stenographischen Aufnahme des Prozesses noch die Vorgänge ausführlich wieder, welche zum Austritt des Sekretärs der freikonservativen Partei aus dem Verein Berliner Presse geführt haben.

Zeuge Chef-Redakteur Dahms, Schriftführer des Vereins Berliner Presse, sagt aus: Ein Mitglied unseres Vereins theilte uns mit, daß ehrenrührige Beschuldigungen gegen Fint vorliegen, daß er wegen Chefschwindel aus dem Presseklub in Chicago ausgeschlossen und merkwürdigerweise vom Verein Berliner Presse, der doch so streng bei der Aufnahme verfährt, aufgenommen sei. Diese Beschuldigung war zunächst nicht an den Vorstand, sondern an den Aufnahme-Kommissioner gekommen. Ich habe dem Vorstand im Mai 1897 Mitteilung hierpon gemacht und wir beschlossen, Herrn Fint vor den Vorstand zu zitieren. Das geschah am 11. Mai. Herr Vollrath, der damals den Vorsitz führte, sagte Herrn Fint, worum es sich handelte. Herr Fint wies zunächst alles zurück und sagte, er wäre freiwillig aus dem Presseklub in Chicago ausgeschieden, — er vermüthe, wegen Nichtbezahlung von Beiträgen — gab aber an, daß er möglicherweise ausgeschlossen sei, sagte jedoch, die Sache mit den Chefschwindel sei verheilt, und gab uns eine Erklärung. Inzwischen war uns gesagt, daß es sich um eine Chefschwindel handelte. Ich beantragte, daß wir nach Chicago schreiben, um eine amtliche Auskunft zu bekommen. Die anderen Herren waren aber der Meinung, da die Beschuldigung gegen Fint ergangen war, so habe er selbst die Pflicht, sich zu reinigen, er habe selbst zu schreiben. Es wurde ihm aufgegeben, sich zu reinigen. Er hat hingeschrieben nach Chicago, aber bis zum 8. Juli war keine Antwort da. Der Brief ist also unbestellbar zurückgekommen. Wir sagten uns, jetzt müssen wir selbst hinschreiben, weil schon in verhältnismäßig kürzlicher darüber gesprochen wurde und weil wir nicht bilden konnten, daß über ein Mitglied solche Behauptungen in die Welt geschickt werden. Subermann und ich haben dann verträglich hingeschrieben und wir bekamen die Antwort, daß Fint wegen Nichtbezahlung von Beiträgen ausgeschlossen sei. Der Brief enthielt aber noch einige sehr belastende Stellen: Fint habe sich mehrfach Chefschwindel schuldig gemacht und ein paar Herren von der Zeitung könnten ihm ein sehr wenig schmeichelhaftes Zeugnis ausstellen. Wir hatten schon im Vorstand einen schlechten Eindruck davon gewonnen, daß Fint es ablehnte, vorzugehen gegen den Herrn, der um die Sache hier in Berlin zuerst mitgeteilt hat — es war Herr Schriftsteller Wolf von Schierbrand. Dieser hatte es Herrn Arthur Rapp erzählt, und durch den hatten wir es erfahren. Da die Sache vier Jahre zurücklag und da sich Herr Fint hier als fleißiger Journalist sein Brot verdient, verkehrter ist und kinder hat, so glaubten wir, die schonendste Form wählen zu sollen, um eine Trennung des Herrn Fint von unserem Verein herbeizuführen. Am 15. September besprachen vier Herren vom Vorstand, Subermann, Vollrath, Schweizer und ich die Angelegenheit — wir freuten uns, daß die Spezialkollegen des Herrn Fint von der „Post“ nicht da waren — und wir beschlossen, ihm nahe zu legen, daß er aus dem Verein ausscheiden solle. Ich schlug vor, daß Schweizer das thun soll, der ein Freund des Herrn Fint ist. Das wurde abgelehnt; Subermann sagte, die Sache müsse einen offiziellen Anschlag haben und deshalb sollte ich als Schriftführer es thun. Ich bot Fint um einen Besuch, da ich einen ihn belastenden Brief aus Chicago erhalten hätte. Er bruchte mich und fragte, was denn angekommen sei; ich zeigte ihm den Brief und sagte: „Der Vorstand hat davon noch keine Kenntnis genommen, aber ich spreche mit Ihnen nach Rücksprache mit unserem Vorsitzenden, ich mache Sie auf die Folgen aufmerksam und rathe Ihnen, auszutreten.“ Er ging nicht gleich darauf ein, sondern sagte, er wolle sich die Sache überlegen. Ich sagte: „Ja, überlegen Sie sie sich, besprechen Sie die Sache mit Herrn Schweizer.“ Das geschah auch. Fint sagte, er wolle uns binnen 8 Tagen Bescheid geben, es sehe doch so aus, als wenn er Schuldbewußtsein habe. Darauf sagte ich: „Wir werden Ihnen entgegenkommen und es erst in der neuen Mitgliederliste, also frühestens im November bekannt machen, damit Sie die Sache bis dahin außerhalb des Vereins karstellten können.“

Vorsitzender Amtsgerichtsrath Haaf: Hatten Sie den Eindruck, daß Fint sonstigen Anlaß hatte, die Sache einzustellen?

Zeuge Dahms: Ehelich gesagt, wir hatten keinen günstigen Eindruck gewonnen von seinem Verhalten, denn jeder von uns wäre einfach klagbar geworden.

Vorsitzender: Na, das will ich nun nicht sagen, denn es hat doch seine zwei Seiten. Daß er eine gewisse Veranlassung gegeben hat, daß also ein Verdacht auf ihm ruhte, das wird wohl außer Zweifel sein. Ich würde ihm kaum dazu rathen, zu klagen, denn hundert gegen eins zu wetten, wird der Betreffende wegen Wahrnehmung berechtigter Interessen freigesprochen, und dann ist er erst recht blamiert. Wenn jemand so etwas an Gericht erzählt, so ist das etwas anderes. Persönlich aber hätte er sich den Betreffenden laufen und zur Rede stellen müssen.

Zeuge Dahms: Ich sagte ihm wiederholt: „Ich höre von der „National-Zeitung“, daß die Leute darauf bestehen, daß endlich eine klare Stellung erfolgt, und es ist möglich, daß die Sache eines Tages in die Zeitung kommt. Sprechen Sie sich mit dem Mann aus, damit endlich einmal ein Stillstand eintritt.“ Wir haben keinen Zwang ausgeübt.

Rechtsanwalt Dr. Marwiz: Entfennen Sie sich nicht, daß Fint in der Unterredung, die Sie und Schweizer mit ihm hatten, sagte, er wolle hinausgehen und Herrn Rapp zur Rede stellen, und daß Sie da sagten: „Thun Sie das nicht, Sie machen die Sache dadurch schlimmer“?

Zeuge Dahms: Rardon, gerade umgekehrt. Ich habe Herrn Fint wiederholt gesagt: „Gehen Sie zu Wolf von Schierbrand!“ Von Rapp war gar nicht die Rede.

Dr. Marwiz: Ich würde mich hierfür auf das Zeugnis von Schweizer berufen. Wie kam es ferner, daß die Herren von der „Post“ zu der Vorstandssitzung nicht eingeladen waren?

Zeuge Dahms: Sie waren eingeladen, aber nicht erschienen. Es war ja eine ganz wichtige Vorstandssitzung. Wir hätten die Sache auch in Gegenwart der Herren besprochen; weil die Herren von der „Post“ nicht zugegen waren, konnten wir uns nur zwanglos äußern.

Dr. Marwiz: Sie haben Herrn Fint mitgeteilt, die Auskunft des Presseklubs in Chicago laute ungünstig. Die Antwort geht dann weiter: „Bevor ich das Schreiben dem Vorstand vorlege, möchte ich Sie gerne persönlich sprechen.“ Am 18. September hatten Sie das gefürchtet. Sie geben also jetzt zu, daß das nicht richtig ist, denn Sie haben am 15. September bereits den Vorstand benachrichtigt.

Zeuge Dahms: Das geschah, weil mir gesagt war: „Wählen Sie die schonendste Form!“

Dr. Marwiz: Hat Schweizer nicht ausdrücklich gesagt, es wäre doch ganz gut, wenn Fint die Sache jetzt begräbe, es stehe ein Redaktionswechsel in der „Post“ bevor, und seine Existenz stehe vielleicht auf dem Spiele, wenn der neue Chefredakteur davon erfährt; er möge einsteilen aus dem Verein Berliner Presse austreten.

Zeuge Dahms: Die Interna der „Post“ gehen mich nichts an. Mich interessiert nur die Sache des Vereins. Es ist möglich, daß so etwas gesagt ist, ich kann mich darauf nicht mehr bestimmen.

Dr. Marwiz: Haben Sie nicht wiederholt zu Fint gesagt, er fühle sich durch den Austritt nicht schuldigbewußt?

Zeuge Dahms: Das hat Schweizer gesagt. Ich habe gesagt: „Sie haben ja jetzt die beste Gelegenheit, die Sache außerhalb des Vereins karzustellen. Ich kann auch gesagt

Haben: Wenn Sie schuldlos sind, können Sie sich ja wieder zum Eintritt melden.

Dr. Marwig: Haben Sie nicht gesagt: „Ihrer Wieder-
aufnahme steht nichts im Wege?“

Zeuge Dahms: Das kann ich nicht gesagt haben, denn
ich bin Vorstandsmitglied und nicht Mitglied der Aufnahme-
kommission.

Dr. Marwig: Sie sagten, es solle den Mitgliedern von
Zinl's Austritt nicht durch ein Zirkular Kenntnis gegeben werden,
es sollte in der Mitgliederliste einfach der Name fortbleiben.

Zeuge Dahms: Das wollte ich, aber Geheimrath Widert
sagte, das wäre ein Novum. Wir sind diese Bedingung nicht ein-
gegangen, und ich sagte ausdrücklich zu Zinl: „Ich habe das volle
Vertrauen zum Vorstand, daß er es mir überläßt. Sie haben ja
zwei Monate Zeit, die Sache klar zu stellen.“

Zeuge Fink: Sie hatten mich doch eingeladen, zu Ihnen auf
die Redaktion des „Bazar“ zu kommen, und da sagten Sie mir, der
Vorstand habe noch nicht Kenntnis davon. Thatsächlich aber hatte er
sich schon drei Tage vorher mit der Sache befaßt und Ihnen ganz
bestimmte Aufträge gegeben.

Zeuge Dahms: Wir haben den offiziellen Beschluß ausgef. Die vier Herren haben den Wunsch ausgesprochen, ich sollte privatim
veranlassen, daß Sie austreten.

Kläger Fink: Also, der Verein hat sich nicht mit der Sache
befaßt?

Zeuge Dahms: Nein. Ich sagte aber: „Herr Fink, Sie können
sich denken, daß ich nicht ohne Wissen des Vorstandes mit Ihnen spreche.
Suberemann weiß von jedem Wort, das ich jetzt mit Ihnen spreche.“

Kläger Fink: Haben Sie nicht bei mir den Glauben erweckt,
daß Sie als älterer Kollege mir einen Rath geben wollten, nicht
aber in Ihrer Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Vereins?

Zeuge Dahms: Ich hatte gar keine Veranlassung, da wir
uns nicht kennen, Ihnen als älterer Kollege einen Rath zu geben.
Wenn ich Ihnen auf einem Briefbogen des Vereins schreiben und Sie
um Ihren Besuch bitte, so hat das einen amtlichen Anstrich.

Kläger Fink: Ja, wenn Sie unterschrieben hätten: „Schrift-
führer des Vereins“. Sie haben aber unterschrieben: „Dahms,
Hornstr. 11“, also Ihre Privatadresse. Ich habe angenommen, Sie
hätten dem Vorstand nichts gesagt. Dann sind wir mit Schweiger
zusammengelaufen, und der hat auch nichts davon gewußt.

Zeuge Dahms: Dann muß ich erklären, daß Schweiger
Ihnen auch eine kleine Komödie vorgespielt hat, denn er wußte
davon.

Kläger Fink: Ja, wenn Sie Komödie mit mir spielen!

Zeuge Dahms: Die Herren (zum Gerichtshof) werden schon
versuchen, warum ich Komödie mit Ihnen gespielt habe.

Kläger Fink: Schweiger hat mir gesagt, ich solle nur ein-
weilen meinen Austritt nehmen.

Zeuge Dahms: Nein, es ist so, wie ich es geschildert habe.

Kläger Fink: Sie haben mir gegenüber nicht ein einziges
Mal durchblicken lassen, daß der Vorstand des Vereins Berliner Presse
dahinter steckt.

Zeuge Dahms: Doch.

Angell Vebel: Herr Fink ist aber doch ausgetreten, nachdem
ihm der Rath erteilt ist?

Zeuge Dahms: Ja, der Rath wurde ihm am 18. September
erteilt, und Ende September sagte mir Schweiger, Fink habe seinen
Austritt erklärt. Am 20. Oktober habe ich offiziell erklärt, daß Fink
ausgetreten ist.

Angell Vebel: Dann ist also die ganze Erklärung des Herrn
Fink in der „Post“ unwahr?

Zeuge Dahms: Ja, wenn ich unter meinem Eide ausdagen
muß, so muß ich sagen, er ist nicht vollständig freiwillig ausgetreten.

Dr. Marwig: Aber er ist nicht durch Zwang des Vorstandes
ausgetreten. Sie selbst haben ihm ja das bezeugt.

Zeuge Dahms: Es ist richtig, daß der Vorstand keinen Be-
schluß gefaßt hat.

Dr. Herzfeld: Ist es richtig, daß Fink in seinem Aufnahme-
gesuch die Zeit seines Aufenthalts in Chilago verschwiegen hat?

Zeuge Dahms: Ja, das ist richtig. Im Aufnahmegesuch
kam eine Sache zur Sprache. Es handelte sich um einen neuen
Kandidaten, und da wurde bemängelt, daß in den Akten über das
Vorleben große Lücken enthalten sind und daß über Chilago nichts
darin steht. Wir vermuteten, daß Fink damit in Zusammenhang
steht, witterten seinen Lebenslauf nach und wir suchten, daß über
Chilago nichts darin steht.

Kläger Fink: Davon weiß ich ja gar nichts.

Zeuge Dahms: legt das Aufnahmegesuch Fink's vor. Es geht
daraus hervor, daß er seinen Aufenthalt in Chilago überhaupt ver-
schwiegen hat.

Kläger Fink: Ich bin in Chilago nicht journalistisch thätig
gewesen, sondern war bei einem Konfession angestellt.

Vorsitzender: Ja, aber, liegt es nicht nahe, dies zu
erwähnen?

Kläger Fink: Es ist das kein Lebenslauf, der grobartig vor-
bereitet ist, sondern soweit ich mich entsinne, kam eines Morgens,
als ich auf der „Post“ thätig war, jemand zu mir und sagte: „Sie
müssen das Ding aufschreiben!“ Da ist es denn im Handumdrehen
geschrieben worden.

Angell Vebel: Der Kläger hat nicht allein mit Absicht seinen
Aufenthalt in Chilago ausgelassen, sondern es sind auch seine ganzen
Angaben über seine Thätigkeit in der Stadt Mexiko unwahr. Wir sind
in der Lage, durch den deutschen Konsul der Stadt Mexiko nachzuweisen zu
können, daß Fink auch dort denselben Lebenswandel getrieben hat, wie
in Chilago, daß er zweimal Bankrott gemacht hat, mit seiner
Familie ausgerissen ist und seine Gläubiger betrogen hat.

Hieraus werden noch zwei Briefe des Chilagoer Vereinsklub ver-
lesen. Zu dem ersten sieht, daß Fink sich mehrerer Schwunderscheine
schuldig gemacht hat, im zweiten, daß er dem Delinquenten des Klubs
einen werthlosen Check in Zahlung gegeben, und als dieser Lärm
sah, ihn in Zahlung gebeten hat, die Sache nicht an die
große Glode zu hängen.

Partei-Nachrichten.

Ueber die ursprüngliche Verfassung der 66 ab-
geordneten, aus denen sich die neu gewählte sozialdemo-
kratische Fraktion zusammensetzt, giebt nachfolgendes Ver-
zeichniß Auskunft. Danach befinden sich unter den 66 Genossen
34 Handwerker, 5 Kaufleute, 4 Rechtsanwält, 7 Schriftsteller,
1 Chemiker, 1 Apotheker, 2 Lehrer, 1 Offizier. Von dem Genossen
hoch ist uns der ursprünglich erlernte Beruf nicht bekannt.

Von den Abgeordneten sind dem erlernten Beruf nach:

1 Sattler: Auer; 1 Drechsler: Vebel; 5 Kaufleute: Singer,
Antrich, Dertel, Fischer, Rosenow; 6 Tischler: Jubeil, Zugauer,
Blannsch, Klob, Dreesbach, Cramer; 3 Schneider: Mees, Reichhaus,
Albrecht; 2 Schriftsteller: Dieß, Schmidt (Magdeburg); 2 Klempner:
Rehger, Segitz; 7 Jigarenarbeiter: Meißner, Mollenbueh, Förster,
von Elm, Hofmann, Geyer, Kaden; 1 Korner: Schwart;
1 Bergarbeiter: Sachs; 2 Schuhmacher: Bod, Seifert; 1 Litho-
graph: Schmidt (Frankfurt); 2 Schlosser: Ulrich, Prohne;
1 Tapezierer: Chhart; 1 Gärtner: Stolle; 1 Glasbläser: Horn;
1 Weber: Vauder; 1 Bäcker: Queb; 4 Rechtsanwält: Saase,
Heine, Herzfeld, Stadthagen; 7 Schriftsteller: Wos, Calver,
Wed, Gradnauer, Liebnecht, Schippel, Schoenlant; 1 Chemiker:
Bum; 1 Apotheker: Agster; 2 Lehrer: Kumeri, Thiele;
1 Lieutenant: v. Kollmar.

Hoch (Ganau) hat das Gymnasium absolviert und die Universität
Büch besucht.

Der verstorbene Parteigenosse Hermann Martiffe wurde am
Mittwoch auf dem Ohlendorfer Friedhofe in Hamburg unter zahl-
reicher Theilnahme der Arbeiter beerdigt. Ueber 1000 Personen
gaben dem exprobierten Kämpfer das letzte Geleit. Aus dem fünften
schleswig-holsteinischen Wahlkreise, wo Martiffe kandidirte und bis
kurz vor seinem Tode agitatorisch wirkte, sowie aus anderen Be-
zirken der Provinz waren Deputirten mit Kränzen und Bannern

erschienen. Auch von Hamburger Genossen und Vereinen waren
zahlreiche Kränze gesendet. Im Zuge wurden außer der rothen
Parteisäule die Banner verschiedener Gewerkschaften mitgeführt. Die
Gedächtnisrede am Grabe hielt Genosse Fischer aus Hamburg.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Wegen Verleumdung des Amtsvorstehers Schaeper in
Bährdorf wurde der verantwortliche Redakteur der Magde-
burger „Volkstimme“, Genosse Müller, vom Landgericht
dieselbst zu 150 M. Geldstrafe verurtheilt. Bei der Verhandlung
des Urtheils führte der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor
Fromme, als straffärfend an, daß der Angeklagte ein „gewerbs-
mäßiger Verleüder“ sei. So meldet die „Volkstimme“. Voraus-
gesetzt, daß kein Mißverständnis vorliegt, würde die Verurtheilung
zeigen, daß in Magdeburg ein sozialdemokratischer Redakteur
im Gerichtssaale vor persönlichen Angriffen nicht sicher ist.

Vor dem unterständlichen Schwurgericht in Würzburg
hatte sich der frühere Redakteur der „Frankl. Volkstimme“,
Genosse Weiswanger aus Nürnberg, wegen Verleumdung der
Würzburger Polizei in zwei Fällen zu verantworten. Die Ge-
schworenen verurtheilten aber die Schuldfragen, das Urtheil lautete
demgemäß auf Freisprechung.

Soziales.

Arbeiter-Mißo. Auf der Schießbaumwoll-Fabrik
Domlich bei Balthrode in Hannover waren drei Arbeiter damit
beschäftigt, Schießbaumwolle in einer Mischung Aether und Alkohol
einzustopfen zwecks Herstellung von Colodium für photographische
Zwecke, als sich plötzlich aus unaufgeklärter Weise diese Materialien
entzündeten und eine heftige Explosion hervorriefen. Der Arbeiter
Stöckmann wurde dabei sofort getödtet, der Arbeiter
Wartels verstarb infolge der erlittenen Verletzungen nach
kurzer Zeit, ein dritter Arbeiter kam mit erheblichen Brandwunden
davon.

Auf dem Kreuzschacht der Königin Luise-Grube in
Laborje in Oberschlesien wurde der Bergmann Kosch aus
Pfeilwort verschüttet, wobei er so schwere Verletzungen erlitt,
daß er innerhalb einer Viertelstunde verschied.

Eine furchtbare Hungernoth herrscht in Rußland. Der
in Berlin erscheinende Zeitschrift „Export“ wird darüber aus
St. Petersburg berichtet:

Ebenso wie im Jahre 1891 steht auch gegenwärtig das große
russische Reich vor dem schauerlichen Bild des allgemeinen Volks-
hungers. Von den 63 Gouvernements des Reiches hatten voriges
Jahr nicht weniger als 44 eine Misere zu verzeichnen, welche von
50 bis 70 pCt. der Durchschnittsrente schwante. Man kennt die
fämmerliche Lage des russischen Bauern. Auch bei guten
Ernten ist eine große Kategorie russischer Bauern nicht in
der Lage, den Bedarf an Getreide vom eigenen Boden-
antheil zu decken, und ist auf Nebenberufe angewiesen,
deren Gelegenheit und Belohnung im Verhältnis zur Höhe der
Ernte stehen. In einem Miserejahr stellt sich neben dem Ge-
treidemangel und dem hohen Preis auch Mangel an Arbeitsgelegen-
heit ein.

Eine Vorstellung von dem Schrecken, welchen die Hungernoth
in Rußland nach sich ziehen dürfte, kann man gewinnen, wenn man
sich die furchtbaren Folgen der Hungernoth im Jahre 1891 ver-
gegenwärtigt. Im Jahre 1892 sind wegen der Misere im Jahre 1891
an Hunger und seinen Folgen 697 000 Menschen gestorben.
Rechnet man noch die Opfer hinzu, welche auf die zweite Hälfte des
Jahres 1891 und die erste Hälfte des Jahres 1892 fielen, so hat das
Hungersjahr 1891 über eine Million Menschenopfer
zur Folge gehabt, also vier mal so viel als der unglückliche
Krimkrieg.

Die Hiebposten, die aus den vom Hunger betroffenen Gebieten
tagtäglich eintreffen, lauten ebenso verzweifelt wie im Jahre 1891.
Die Getreidepreise sind zwei bis dreimal so hoch,
wie in guten Erntejahren. Die Strohdächer sind in
den meisten Häusern herabgerissen und als Futter für
das Vieh verwendet worden. Das Vieh geht aber meist zu
grunde, oder es wird für eine Kleinigkeit auf dem Markte los-
geschlagen; der Bauer wird dadurch seines ohnehin geringen
Viehbestandes vollständig beraubt. Der Mangel an Heizmaterial
im verkochenen strengen Winter hat die Bauern gezwungen,
den Fußboden des Hauses zur Heizung zu verwenden, viele
demolirten die Kornspeicher, andere heizten direkt mit den
Wagen und Mädem, wie dies in den russischen Verichten buch-
stäblich aus vielen Orten gemeldet wurde. Samen für die Saat
konnte nirgends aufbewahrt werden, und hierin liegen auch schwere
Besorgnisse für die nächste Ernte. Uebrigens waren die Bitterungs-
verhältnisse für die künftige Ernte keine günstigen.

Die Dorfschullehrerinnen und die übrigen kulturtragenden
Elemente des Landes entwerfen haarsträubende Bilder aus der
Schule und der Familie: blasse, abgemagerte Kinder mit ein-
gefallenen Gesichtern, welche vergebens nach Brod schreien, Mütter,
welche in Verzweiflung die Hände ringen, weil sie den Hunger des
Säuglings nicht stillen können, am Hungertypus zu grunde gehende
Männer!

Die Regierung ist dem Volkselend gegenüber ohnmächtig
und gleichgültig. Das einzige, was sie zu thun sucht, ist, die
Vorgänge zu verschweigen und zu vertuschen. Während im
Jahre 1891 von der Regierung, den Provinzen und den
Gemeinden nicht weniger als 200 Millionen Rubel ausgegeben
wurden, ist dieses Jahr in dieser Richtung so gut wie garnichts
geschehen worden. Auch die öffentliche Wohltätigkeit bethätigt sich
dieses Jahr in viel geringerem Maße als 1891, weil die Regierung
jede Regung aus diesem Gebiete zu unterdrücken sucht. So nagt
verzweiflungsvoll der russische Bauer an Hungertode und geht
elendiglich unter — ein unglückliches Opfer der Verfassung und der
Regierung seines Landes.

Der Krieg.

Von Unfällen der amerikanischen Kriegsschiffe be-
richtet heute der Telegraph. Der amerikanische Staatssekretär der
Marine hat ein Telegramm aus New-York erhalten, wonach das
Flaggschiff „Watson“ mit dem Kreuzer „Delphin“ in New-York kollid-
irte. Das Flaggschiff erlitt keine Beschädigung, doch wurde der
Kreuzer derartig beschädigt, daß er in das Arsenal geschleppt werden
mußte.

Nach einem Telegramm aus Kingston hat der dortige spanische
Konsul ein Kabeltelegramm aus Santiago erhalten, welches
meldet, daß der amerikanische Kreuzer „Brooklyn“ von einem
spanischen Geschosse getroffen und gesunken sein soll. Kommodore
Schley und 24 Mann sollen umgekommen sein. Des weiteren
wird gemeldet, daß ein ausgebeutetes Mineney bereits gelegt
sei, um die Amerikaner zu hindern, in den Hafen von Santiago
einzudringen. Dagegen wird in Washingtoners amtlichen Archiven
der Meldung von dem Unglück, das der „Brooklyn“ zugefallen sein
soll, kein Glaube beigemessen. Man nimmt an, daß Admiral
Campson eine Meldung erhalten haben würde, wenn ein solches
Unglück geschehen wäre.

Eine Depesche des Generals Chaster von Dienstag Abend be-
sagt, er hoffe sich Santiago's zu bemächtigen, sobald er bereit sein
wird, vorzurücken; er werde nicht die Ankunft der Verstärkung ab-
warten; 8000 Mann Verstärkungen für die Spanier mit vielem
Train und Schlachtvieh rücken von Manzanilla her an und seien jetzt
noch 44 Meilen von Santiago entfernt. — Es wird in Washington
als sicher angenommen, daß General Chaster einen entscheidenden
Schlag ausführen will, ehe diese spanischen Hilfstruppen heran-
gelangt sind.

General Chaster meldet in einer am Mittwoch bei General
Wiles eingegangenen Depesche, er könnte Santiago innerhalb
48 Stunden nehmen; es könnten aber beträchtliche Verluste damit
verbunden sein. — Eine Depesche des Admirals Sampson vom

22. d. M. zollt Garcia persönlich sowie dem Verhalten der Kubaner
im allgemeinen lebhaft Anerkennung.

General Chaster hat gestern beschlossen, sein Hauptquartier an
Land zu verlegen und wird bereits heute sein Zelt beziehen. Die
Belagerungsbatterie ist nach der Vorpостenlinie abgegangen. Das
Hauptquartier Lawtons befindet sich fünf Meilen östlich von Santiago.
Die Spanier haben am Mittwoch Ganey (El Ganey S), ganz in der
Nähe von Santiago, geräumt.

In einem Telegramm des Generals Chaster vom 27. d. M.
heißt es, der Gesundheitszustand seiner Truppen sei vortreflich;
außer den Verwundeten seien nur 150 Mann krank.

Ein amerikanischer Berichterstatter im Lager am Rio Guamo
telegraphirt am Mittwoch: Die Vorbereitungen zum allgemeinen
Vorrücken werden lebhaft betrieben. Truppen aller Waffengattungen
marschiren eilig nach der Frontlinie. Der eigentliche Vormarsch wird
aber nicht eher angeordnet werden, als bis jeder Soldat drei Tages-
rationen in seinem Tornister hat, letzteres kann aber nicht vor
2 oder 3 Tagen der Fall sein; denn erst dann werden die Wege
für Wagen passierbar sein. Die Vorpостen sind noch nicht auf
die Spanier gestoßen; diese scheinen sich hinter die Verhängerungen
zurückgezogen zu haben. General Chaster hat sein Haupt-
quartier immer noch an Bord der „Segurana“, um in fester Ver-
bindung mit Admiral Sampson zu bleiben. In der ersten Gefechts-
linie befinden sich etwa 13000 Mann. Die Haltung der Mann-
schaften ist vorzüglich, trotz der erdrückenden Hitze. Lebensmittel
sind knapp und schlecht. Die letzten Abtheilungen Artillerie sind
ausgeschifft. General Chaster klagt über Mangel an Pferden.

Aus Madrid wird heute telegraphirt: Eine amerikanische
Kolonne ging am 23. v. M. unter dem Schutz des Feuers dreier
Panzerfahrzeuge über Aguadores die Eisenbahnlinie entlang bis Siboney
vor, zog sich aber dann, nachdem sie mehrere Minenschiffe mit den
spanischen Vorpостen gewechselt hatte, sofort zurück. Seit drei Tagen
suchen die Amerikaner an verschiedenen Punkten Artillerie zu landen;
ihre Fahrzeuge scheitern aber, und es gelingt ihnen nur mit großer
Mühe, die Kanonen zu retten.

Der spanische Konsul in Montreal (Kanada) hat beim aus-
wärtigen Amt Einspruch erhoben wegen der einem amerikanischen
Kanonenboot gegebenen Erlaubniß, die kanadischen Kanäle zu durch-
fahren, um sich nach einem amerikanischen Hafen zu begeben.

Aus Portoriko wird Mittwoch telegraphirt: Der transatlantische
Dampfer „Antonio Lopez“, von Spanien mit einer Ladung Wasser
und Munition kommend, war heute bis an den Eingang des Hafens
von San Juan gelangt, als zwei amerikanische Kreuzer auf ihn
Jagd zu machen begannen. Der Kapitän des Dampfers wollte, um
den Amerikanern zu entkommen, selbst den „Antonio Lopez“ zum
Scheitern bringen. Dies gelang auch, es platzte aber der Dampfkegel. Es
ist noch nicht bekannt, ob Menschen dabei umgekommen sind. Als
ein spanisches Schiff aus dem Hafen herantam, zogen sich die
amerikanischen Kreuzer zurück. Die Ladung des „Lopez“ wurde ge-
borgen.

Das Geschwader Camara's liegt noch immer vor Port
Said. Camara hat die Erlaubniß nachgeholt, Kohlen einnehmen
zu dürfen. Die Antwort der ägyptischen Behörde ist noch nicht ein-
getroffen. Vor Montag wird das Geschwader den Suez-Kanal nicht
durchkreuzen.

Aguinaldo wird einer Depesche aus Hongkong zufolge den
Mächten die Proklamirung der philippinischen Re-
publik notifiziren und um deren Anerkennung nachsuchen. Er
hatte eine lange Konferenz mit dem deutschen Admiral Diederichs.

In der Proklamation, die der amerikanische General Merritt bei
seiner Ankunft vor Manila erlassen wird, wird sich auch die Er-
klärung befinden, daß die verschiedenen Kulte vollkommene Freiheit
genießen sollen.

Etwa 1600 Personen versammelten sich gestern Abend vor der
Wohnung des Bischofs von Barcelona und drückten ihren Unwillen
über das Verhalten des Bischofs aus, welcher erklärt hatte, die
Fortsetzung der Feindseligkeiten mit den Vereinigten Staaten sei
gottlos und unflug.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Chemnitz, 30. Juni. (W. S.) Heute früh in der vierten Stunde
wurde, wie die „Allgemeine Zeitung“ berichtet, auf die Wittve
Kaden von ihrem Geliebten, dem Taubenhändler Werth, ein Mord-
versuch verübt. Derselbe brachte der Wittve zwei Stiche im Rücken,
einen an der Schulter und einen am Halse bei. Die Wittve ist
schwer verletzt. Der Mörder versuchte sich dann selbst zu tödten,
indem er sich elf Stiche in der linken Brust beibrachte und sich die
linke Pulsader durchschnitt. Beide wurden in das hiesige Kranken-
haus geschafft; sie sind nicht vernehmungsfähig.

Wien, 30. Juni. (W. S.) Ueber Lemberg, Jämskirchen, Groß-
warden ist in der letzten Nacht ein furchtbares Unwetter nieder-
gegangen. Dächer wurden abgedeckt, Räume entwirrt und die
Straßen überschwemmt. Mehrere Menschen sind umgekommen.

Vern, 30. Juni. (W. S.) Der Nationalrath hat in Ju-
stimmung zu dem Beschluß des Bundesraths eine Bundessubvention
von 4 1/2 Millionen Franken für den Simplon-Durchstich mit 78 gegen
8 Stimmen genehmigt.

Luzern, 30. Juni. (W. S.) Gestern Nachmittag klappte
während eines heftigen Sturmes ein von fünf englischen Touristen
besetztes kleines Boot bei Meggen um. Zwei Personen, ein Herr
und eine Dame, ertranken, die übrigen wurden gerettet.

Paris, 30. Juni. (W. S.) Deputirtenkammer. Die
Abfassung der Personal- und Mobiliar-, sowie der Thür- und
Fenstersteuer vorgeschlagen und die Erhebung derselben durch eine
Einkommensteuer, die sich richtet nach dem äußerlich erkennbaren
Angeihen des Vermögens, wobei eine Befreiung und inquisitorische
Ausforschung ausgeschlossen sein soll. Diese Steuer werde degressiv
sein, um die kleinen Steuerzahler zu entlasten. Die zweite
Reform werde die Frage der Pensionirung der städtischen und
ländlichen Arbeiter betreffen. Unabhängig von diesen beiden
Hauptreformen werde die Regierung Gelegenheitssteuer betreffend
die Erbschaftsteuer, die Reform der Getränkesteuer und die
Schaffung von Landwirthschaftsdarlehnen vorschlagen. Die Regierung
werde ihr ökonomisches System, dessen Stabilität für Industrie und
Handel unerlässlich sei, loyal zur Anwendung bringen.

Die Erklärung schließt mit einem Appell an alle Republikaner,
die Aufgabe des Kabinetts zu erleichtern. (Beifall links.) An mehreren
Stellen wurde Drifson durch Zwischenrufe der Rechten und des
Zentrums unterbrochen.

Rom, 30. Juni. (W. S.) Das Erdbeben bei Rieti hat arge
Verheerungen angerichtet. Die Anastasikirche ist eingestürzt, der
Thurm der Marienkirche hat schwere Beschädigungen erlitten. Mehrere
Menschen haben bei dem Erdbeben ihr Leben verloren. Die Bevölke-
rung kampirt im Fieken. Der Kriegsminister sandte eine Abtheilung
vom Nothen Kreuz und 500 Jelte nach dort ab.

Rom, 30. Juni. (W. S.) Die „Agenzia Stefani“ veröffent-
licht ein Zirkular des Ministerpräsidenten Pelloux an die Präfecten,
in welchem diesen die Pflicht auferlegt wird, über die genaue
Beobachtung der Gesetze zu wachen, beständig mit Sorgfalt die
Bedürfnisse der Bevölkerung zu studiren und der Regierung
die Mittel vorzuschlagen, um für dieselben nach der Lage der
einzelnen Provinzen Sorge zu tragen. Das Zirkular sagt ferner,
man müsse auch jeden Akt und jede Propaganda unflätigen
Charakters, in welcher Form diese auch immer zu Tage treten mögen,
und jeden Versuch der Aufreizung zum Massenhaß verhindern und,
wenn nöthig, energisch unterdrücken.